

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich ein Mal und ist durch die Expedition, Neue Grunpauer Str. 1/4, und durch Postbestellungen zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, incl. ins Haus M. 2.90, wo keine Post am Orte, M. 3.24.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Verlags- und Expeditionsgeschäft: Expedition der „Volkswacht“ in Breslau, Neue Grunpauer Str. 1/4, im Erdgeschoss. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, incl. ins Haus M. 2.90, wo keine Post am Orte, M. 3.24. Internes für die nächste Nummer müssen bis Freitag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 5.

Dienstag, den 7. Januar 1908.

19. Jahrgang.

Hinausschieben und abwimmeln

Wie die preussische Regierung, nach einer parlamentarischen Korrespondenz, die Frage der preussischen Wahlreform. Es heißt nämlich darin über die

Stellung der Regierung:

Wie verlautet, wird die preussische Regierung eine Reform des Wahlrechts für die nächste Legislaturperiode in Aussicht stellen. Der Ministerpräsident Fürst Bismarck ist der Meinung, daß das Wahlrecht in Preußen Mängel hat, die der Abstellung bedürfen. („Mängel“ ist sehr gut gesagt.) Wie diese Mängel abzustellen sind, wird in den kommenden Monaten zu erörtern sein, diese Erwägung ist die wichtigste. Es ist daran gedacht worden, dem künftigen Landtag noch Reformvorschläge zu machen; auch wird es gut sein, die Writungen der Wahlrechtsreform (I) von 1905 erst abzuwarten. Die Erwägungen gehen nicht von dem Gedanken aus, das Reichstagswahlrecht in Preußen einzuführen, sondern es müßten unter Beibehaltung des Dreiklassenwahlrechts Mittel und Wege gefunden werden, das Übergewicht der oberen Klassen zugunsten der dritten Klasse zu mildern und eine anderweitige Wahlkreisverteilung vorzunehmen. Die Regierung hat zunächst ein großes Interesse, den Standpunkt der einzelnen Parteien in der Wahlrechtsfrage kennen zu lernen. (I) Erst hiernach kann sie ihre Maßnahmen einrichten. Dann ist selbstverständlich, daß die Regierung sich mit der Mehrheit des Landtags ins Einvernehmen setzt und ihre Wünsche berätigt.

Für erste hinauschieben, und dann das alte Unrecht der Dreiklassen-Wahlerschaft aufrecht erhalten — das sind die Pläne der Regierung, gegen die das Volk aufs energischste demonstrieren muß!

Für baldige Reform! Nieder mit jeder Klassenwahl!

Es gibt keine „komplizierten Erwägungen“, wenn man das Reichstagswahlrecht einfach auf Preußen überträgt!

Die Regierung will die Wünsche der „Parteien“ kennen lernen. Das Abgeordnetenhaus gibt aber ein geselltes Bild der Parteien in Preußen wieder. Die Wünsche des Volkes muß die Regierung zu erforschen suchen. Und das Volk wird seine Wünsche am kommenden Donnerstag laut und vernehmlich dem Abgeordnetenhaus wie dem Ministerpräsidenten unterbreiten.

Nicht „Mängel“ sind abzustellen, sondern die Grundlage des Unrechts ist aus der Welt zu schaffen. Was für Oesterreich, Bayern, Württemberg, Baden recht ist, muß für Preußen recht werden.

Sind die preussischen Arbeiter Menschen zweiter und dritter Klasse? Wir fordern das gleiche Recht, keine Milderung des Unrechts!

Preussisches Volk Erhebe deine Stimme!

Bernsteins Geschichte des Ausnahmegesetzes.

I.

Man hat die zwölf Jahre des Sozialistengesetzes die Periode der Erziehung der Partei genannt. Das Schlagwort vom Erziehen der sozialdemokratisch denkenden Arbeiterklasse wurde zuerst von Bismarck und seinen Mitarbeitern im politisch-technisch-staatsrechtlichen Sinne geprägt, um dann eine ganz andere, seine Urheber arg enttäuschende Bedeutung zu erlangen. Statt die Arbeiter zu politisierenden Seelen, zur hurrabrüllenden Monarchiengegarde zu erziehen, brachte das Sozialistengesetz zuerst Hunderttausenden und in seinen Nachwirkungen dann Millionen deutscher Reichsangehörigen die unaussprechliche Lieberzeugung bei, daß es zwischen dem junkerlich-politischen Preußen und dem klassenbewußten Proletariat keine Brücke der Verständigung geben kann, daß vielmehr, wenn Deutschland sich im Ansehen der Völker behaupten will, das deutsche Volk zum Kampf gegen die Mächte der Finsternis und der Unterdrückung erzogen werden muß; zum Kulturkampf gegen das Junkertum und seine Stützen.

Von diesem Grundsatz ist die Sozialdemokratie bis heute nicht abgewichen, und sie hat sich hierbei in allen Lagen des Einvernehmens ihrer Anhänger zu erweisen gehabt. Sollte aber jemals das Undenkbare eintreten, daß Täuschungsversuche Verwirrung anrichten und im Proletariat die Frage auslösten, ob man reaktionären Lockrufen Folge leisten solle, dann dürften das Blätter in der Geschichte des Sozialistengesetzes die Zweifler gar bald wieder in die rechte Bahn zurücklenken.

Es ist das Verdienst Eduard Bernsteins, im zweiten Bande seiner „Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung“, der vor einigen Wochen erschienen ist, die zur Kennzeichnung der staatlichen Arbeiterpolitik wesentlich in Betracht kommenden Tatsachen gesammelt zu haben. Dieser zweite Band des Werkes behandelt die zwölf Jahre des Ausnahmegesetzes, unter welchem die junkerliche Gewaltherrschaft sich bedenklos ausleben konnte. Wie selten in dieser Zeit die Staatsretter, tiefend von sozialreformatorischen Phrasen, eingekummelt in ein zum Kreischen seltsames Christentum, gegen die als vaterlandslos und kulturfeindlich verschrieene Sozialdemokratie einen Spießbüßzug unternahmen, dessen moralische Ungehörlichkeiten zwar die Arbeiterklasse in helle Empörung versetzten, für die Bourgeoisie in ihrer Mehrheit aber keinen Anlaß bildeten, dem Bismarckischen Regiment die Mittel zu seiner ferneren Existenz zu verweigern. Von zwei zu zwei Jahren beschäftigt der Reichstag sich immer von neuem mit der Frage der Verlängerung des Sozialistengesetzes, und bei diesen Gelegenheiten häufen die parlamentarischen Vertreter der Sozialdemokratie Anklagen über Anklagen auf, die mit Sonnenklarheit zeigen, wofür einen schmähtlichen Mißbrauch das Bismarckische Vorkriegs-

*) Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung. Ein Kapitel zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Herausgegeben von Eduard Bernstein. Zweiter Teil: Die Geschichte des Sozialistengesetzes in Berlin. Illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit. Berlin 1907. Verlag Buchhandlung Vorwärts.

System mit den ihm gewährten Machtmitteln getrieben hat. Der Mißbrauch richtet sich aber gegen die Arbeiterschaft und nicht gegen das Bürgertum, und daher verlängert die Reichstagsmehrheit nochmals und nochmals das Sozialistengesetz, bis im Jahre 1890 endlich der Zusammenbruch kommt und der Reichsheros sein freibühntes Spiel aufgeben muß.

Wer nach Verlauf von fast einem Menschenalter als Nichtbeteiligter, als einer von den Jüngeren, auf jene Zeiten zurückblickt, mag vielleicht die bitteren Worte zu schatz finden, mit denen die Sozialdemokratie den Abgott der deutschen Bourgeoisie und die unter seiner Verantwortung begangenen Taten kennzeichnen. Man muß die Wirkungen des Ausnahmegesetzes am eigenen Leibe verspürt haben, um zu begreifen, daß jene zwölf Jahre im Urteil der Arbeiterschaft die Zeit von Deutschlands tiefster Schmach heißen. Man muß die ideoische, in Kern und Wesen an die Stupellösigkeiten des russischen Despotismus gemahnende Methode in ihren kleinen Erbärmlichkeiten Tag für Tag kennen gelernt haben, um immer von neuem über Das ist das Verdienst von Bernsteins Darstellung, daß in

beiterschaft in diesem Kampf bewahrte. Das ist das Verdienst von Bernsteins Darstellung, daß in ihr, wie in keinem anderen Werk, das die Geschichte jener Tage behandelt, Tatsache auf Tatsache gehäuft ist, daß in schlichter, von allem Doktrinarismus, von aller aufdringlichen Belehrungsfucht freier Schilderung die Sünden der Herrschenden an den Pranger gestellt werden, und daß das Gesamtbild dieser Darstellung den Leser, auch wenn er von Sympathien für die Sozialdemokratie und von Antipathien gegen die Gewalttäter völlig frei ist, in tiefer Seele empören und erschüttern muß.

Die ersten Zeiten des Ausnahmegesetzes werden gemeinhin für die schlimmsten gehalten. Sie waren es vielleicht insoweit, als den feierlichen Erklärungen Bismarcks zum Trost Presse und Organisation der Arbeiterschaft und in ihrer gewerkschaftlichen Richtung völlig vernichtet wurden und der preussische Staat die Parole ausgab, sozialdemokratisch Arbeiter dem Verbürgern zu überantworten. Bei einer Ausschreibung von Erb- und Maurerarbeiten für einen fiskalischen Neubau heißt es im Jahre 1879:

„Alle diejenigen Bauarbeiter, Arbeiter usw., welche sozialdemokratischen Verbindungen angehören, oder ohne denselben ausgesprochenen anzugehören, den Bestrebungen der Sozialdemokratie offenkundig beizutreten, die Bestrebungen dieser Art zu halten oder für Zwecke derselben in irgend einer Weise wirken, dürfen von Seiten des Unternehmers nicht beschäftigt werden.“

Und da es schon Beispiele gab, daß selbst Unternehmer zu der verfeimten Partei sich bekannten, so hieß es weiter:

„Sollte der Unternehmer selbst den Bestrebungen der Sozialdemokratie huldigen, so wird denselben, wenngleich er ein besserer ist, die Arbeit nicht übertragen. Stellt es sich nach Uebertragung erst heraus, so wird denselben die Arbeit ohne weiteres abgenommen.“ Das war brutal, den Grundsätzen eines Kulturstaates ins Gesicht schlagend, aber es war doch wenigstens ehrlich. Bald aber kommt den Herrschenden die Erkenntnis, daß die Gewalt allein doch nicht genügt, den Geist des Sozialismus zu erlöten, und nun beginnt der mit systematischer Stupellösigkeit unternommene Versuch, mit Hilfe des Stützpunkts die Bewegung von innen heraus zu sprengen, sie durch Gift zu Grunde zu richten. Ziemlich plump heißt es am 18. Januar 1880 noch der Polizeihauptmann von

Jack.
Roman von Alphonse Daubet.
Einzig autorisierte Uebersetzung.
[Nachdruck verboten.]
„Unmögliches Kind, in welchem Zustande muß ich Dich sein?“
Der würdige Moronval konnte nicht weiter sprechen, er lachte über die Überraschung und Erregung. Und als der begleitende Polizeikommissar ihn seine beiden langen Arme wie gierige Nahrung an den Hals des kleinen Regere schlingen sah, konnte er nicht umhin, zu denken:
„Wie Weiter, das ist ein Pensionsvorsteher, der seine Zöglinge liebt.“
Der herzlose Rabou schien dagegen von völliger Gleichgültigkeit befangen; seine Züge drückten bei Moronvals Erscheinung gar nichts aus, weder Freude noch Verlegenheit, weder Ueberraschung noch Scham, ja nicht einmal jene scheue Furcht, welche ihm der Mulatte gewöhnlich einflößte, und die unter den gegenwärtigen Umständen doch wahrlich hätte verstärkt werden müssen.
Seine Augen blinzelten, ohne zu sehen, starrte vor sich hin, sein Gesicht war farblos, bleich und ohne Glanz. Diese klägliche Erscheinung wurde noch durch den schmutzigen und erschreckenden Anblick seiner ganzen Person gehoben: ein Bündel volliger Lumpen. Von Kopf bis zu Fuß und bis in die krausen Haare hatte sich der Schmutz in übereinander gehäuften älteren und neueren Lagern angesammelt, deren trockenste sich in staubfarbenen Schichten abblättern.
Er machte den Eindruck einer Amphybie, die sich abwischen und im Fluß getummelt und im Sand des Ufers gewälgt hat. Keine Schube an den Hüften, keine Milche auf dem Kopf; sein betretter Rod mochte einen Strich in Versuchung geführt haben. Er hatte nichts als seine Hose, von der fast nur die Fäden zu sehen waren, und seine ganz ausgefärbte rote Weste deren Farbe, von Sonne und Rot ausgefogen, nur stellenweise hervortrat.
Was war ihm augestochen?
Er allein hätte es sagen können, wenn er hätte sprechen wollen. Der Inspektor mußte nur, daß die Sicherheitsbeamten, als sie am Abend vorher einen Rundgang durch die emert-

kanische Rennbahn machten, ihn auf einem Dadofen schlummernd gefunden hatten, halb tot vor Hunger und ganz betäubt von der übermäßigen Hitze des Dadofens. Weshalb war er noch in Paris? Was hatte ihn gehindert, abzureisen?
Moronval fragte ihn nicht danach und richtete überhaupt kein Wort an ihn während der langen Fahrt, die sie zusammen im Wagen von dem Gewahrsam nach dem Gymnasium machten.
Zwischen dem Kinde, das wie ein Paket in einem Winkel geschleudert worden war, ermatet, stumpfsinnig, traurig, und dem feierlichen, triumphierenden Direktor wurden nur Worte ausgetauscht.
Und was für Worte!
Eine spitze, scharfe, schneidige Klinge kreuzte sich im leeren Raum mit einem armen, kleinen, verborgenen Degen, der schon von vornherein gedrohen, bestigt war.
Als Jack diese schwarze, klägliche, runzelige und in ihren Lumpen noch schmächtigere Gestalt durch den Garten schleichen sah, konnte er nur mit Mühe den kleinen König wiedererkennen. Rabou warf ihm ein „Guten Tag, Herr“ mit unfähiger Traurigkeit hin. Dann war den ganzen Tag über von ihm keine Rede mehr. Die Stunden fanden mit ihrer gewohnten Unregelmäßigkeit statt, ebenso die Erholungen. Nur von Zeit zu Zeit hörte man wiederholtlich schwere, dumpfe Schläge und dieses Nachzen von dem Zimmer des Mulatten herüber. Selbst wenn dieses schreckliche Geräusch nachließ, glaubte Jack in seiner Furcht, es noch zu vernehmen; auch Frau Moronval schien erregt, wenn sie es hörte, und zuweilen zitterte das Buch, das sie in Händen hielt, mit allen Blättern.
Beim Mittagessen setzte sich der Direktor: abgepannt, aber strahlend nieder.
„Der Glendel“ sagte er zu seiner Frau und dem Doktor Hirsch: „der Glendel in welchem Zustand er mich verfehlt hat!“
In der Tat mochte er eine erschöpfte, ermüdete Wiener.
Abends fand Jack im Schlaftaal das Bett neben dem feintgen bestigt. Der arme Rabou hatte seinen Herrn in solchen Zustand verfehlt, daß dieses selbst ihn hatte zu Bett bringen müssen, da er es nicht allein konnte.
Jack hätte gern mit ihm gesprochen, ihn um die Einzelheiten seiner so bedenklichen, so kurzen Reise befragt; aber Frau Moronval und Doktor Hirsch waren da und beugten sich über den Kleinen, welcher mit jenen schweren Geulzern zu schlummern schien, die ein Tag der Anstrengung und der Tränen zurück-

„Sie glauben also nicht, Herr Hirsch, daß er krank ist?“
„Nicht mehr als ich, Frau Moronval. Sehen Sie, die Sorte ist gebrechlich wie ein Panzerstift.“
Als sie fort waren, ergriff Jack Rabous Hand, die ganz schwarz, rauh und heiß wie ein Backstein, der aus dem Ofen kommt, auf dem Deckbett lag.
„Guten Abend, Rabou.“
Rabou öffnete seine Augen und betrachtete den Gefährten mit scharfer Verzagtheit.
„Es sein aus mit Rabou. Rabou Strigt verloren haben. Niemals Dahomey sehen. Aus ...“
Deshalb hatte er Paris nicht verlassen. Zwei Stunden nach seiner Flucht aus dem Gymnasium, als er an den Grenzen des Reichslandes ein aus Feld sühretendes Tor suchte, waren, ohne daß er wußte, wie, die fünfzehn Franks Wirtelgeld und die Medizin, die er am Halse trug, in die Tasche eines jener herumstrolchenden Langfinger gewandert, denen jede Beute willkommen ist, eines jener Raubvögel, die sich auf alles stützen, was glänzt.
Ohne weiter an Marjeille, an die Schiffe, an die Reise zu denken, hatte Rabou dann, da er wußte, daß er ohne sein Strigt Dahomey nie erreichen würde, auf seinem Wege kehrt gemacht und sich acht Tage und acht Nächte in allen Tiefen des unterirdischen Paris umhergetrieben, um sein „Mittel“ zu suchen. Aus Furcht, ergriffen und zu Moronval zurückgebracht zu werden, hatte er jenes Irrenden, verführerische „Mittel“ geführt, wie es das fröhliche Paris führt, welches nicht und tödtet. Er hatte in halbfertigen Häusern geschlafen, auf unebenen Jeldern, in Leinwandzögern, unter „Anderswoher“ Brücken, hinter den Barrieren des Theaters unter den Ueberbleibseln von dem Mittagssahl des Galeriespublikums.
Begünstigt von seiner kleinen Gestalt und schmalen Körper, hatte er überall hineingekriechen können, und überall war es bequemer. Er hatte geflüstert, wie ihn das Wasser mit seinen tiefen, geräuschlosen, nachwogelgleichen „Augen“ freifte; er hatte das Brot der Diebe gegessen, denn die Diebe sind zuweilen mittelstbig. Er war bei den schmutzigen Leuten und Wahrgenossen der Arbeiter in hohem Gemüde zugegen gewesen und hatte seinen Kinderstall neben dem Traum eines Müllers geschlummert. Aber was tat das ihm? Er suchte sein Strigt und ging durch all diese Kucheligkeiten, ohne sie zu sehen.
(Fortsetzung folgt)

Rechtscheldt-Glücken an, als ein Denunziant, der Silber-...
Er befehlt den sechzehn Jahre alten Sohn des miter-
hasteten, aber später vom Gericht freigesprochenen Genossen
Gellwig auf das Polizeipräsidium, läßt ihm verschiedene
Glas Bier, sowie Zigarren vorsetzen und sucht ihn kann,
als er glaubt, den Jungen in die rechte Stimmung ge-
bracht zu haben, aber die Verdächtigke. Korrespondenzen,
Verbindungen Gellwigs auszuforschen, sucht also den Sohn
zur Verräterei gegen seinen eigenen
Vater anzuspitzen.

Politische Uebersicht.

1 Jahr, 3 Monate Gefängnis! Am 4. Januar
ist in Königsberg unser Genosse Markwald wegen Majestäts-
beleidigung des Memeler Denkmalkomitees zu der furchtbaren
Strafe von ein und einviertel Jahren Ge-
fängnis verurteilt worden, weil er die vor 88 Jahren
verstorbenen Urgroßmutter des Kaisers nach den Benennungen
Alexander v. Humboldts geschilt, und das Memeler Denk-
mal zur Erinnerung an „Preußens tiefste Erniedrigung“ eine
Schandfäule genannt hatte.

Als vor einigen Tagen, zum Zeichen des Pro-
testes gegen eine ungeheuerliche Anklage, unser Münchberger
Parteilorgan den vollen Wortlaut des beanstandeten
Artikels veröffentlichte, war die volle Unschuld des Ange-
klagten, Unschuld nicht bloß im rechtlichen, sondern auch im
streng gesetlichen Sinne für die Öffentlichkeit erwiesen. Aus
diesem Artikel, der eine Majestätsbeleidigung enthalten soll,
ist gar nicht zu entnehmen, ob Deutschland im Jahre 1907
etwa schon eine Republik ist oder ob es noch einen König
von Preußen gibt. Sein Name war nicht genannt, auf
seine Person war ebensowenig angespielt wie auf das Denk-
malkomitee, an dessen Existenz man erst durch die Erhebung
der Anklage erinnert wurde. Das Gericht aber folgert, daß
durch die Vereidung des Denkmals als eine Schand-
fäule und der Enthüllungsfest als einer Tragö-
dienszene, „ohne weiteres die Absicht erkennen lasse, den Kaiser
herabzusetzen“. Diese richterliche Mutmaßung nicht vor-
handener Absichten wäre auch dann geradezu haarsträubend
zu nennen, wenn der Artikel nach der Memeler Enthüllungsfest
erschienen wäre, er ist aber zu einer Zeit erschienen, die
noch gar nicht in Memel, sondern in Berlin oder in West-
falen waltete, und seinen Entschluß, nach Memel zu kommen,
noch sehr wohl abändern konnte. Nach der Logik des Königs-
berger Gerichts ist es majestätsbeleidigend, sein Mißfallen an
etwas zu äußern, dem der Kaiser sein Gefallen und
seine Teilnahme bezeugt. Nach dieser Logik ist schließlich alles
geheißt, was zur Person des Kaisers irgendwelche Be-
ziehung hat; die Frauen, die er besitt, die Denkmäler, die er
entwühlt, die Menschen, mit denen er verkehrt, die Feste, die
er besucht, und die Zigarren, die er raucht.

Der Zustand der Rechtsunsicherheit, an dem die Presse
in einem großen Teile Deutschlands aufs schwerste leidet,
wird durch das Königsberger Urteil ins Ungeheuerliche ver-
schärft. Schon längst vermag kein verantwortlicher Redakteur,
kein noch so erfahrener Rechtsanwalt zu unterscheiden, welche
Aussagen von der Justiz als strafbar, welche als straflos
und erlaubt gelten. In Zukunft aber wird man noch mehr
als jetzt darauf gefaßt sein müssen, unversehens von einer richter-
lichen Auslegung überumpelt zu werden, die man bei allem
Aufwande von Vernunft und juristischer Bildung gar nicht
verstehen kann, die einem aber doch mit großer Sicherheit
für Monate und Jahre den Weg ins Gefängnis weist.
Über die Erbitterung, die durch einen solchen Zustand in den
Massen geschürt wird, wird vielleicht auch eines Tages ganz
unversehens fühlbar werden. Keine Kraft geht im Weltall
verloren, aus jeder Ursache folgt eine Wirkung. Das gilt
auch von unverständlichen Urteilen.

Daß diese Politik getrieben werden kann im Zeichen der
konfessionsliberalen Paarung, daß einer der allerschlimmsten
Majestätsbeleidigungsprojekte, die wir erlebt haben, gerade in
eine Zeit fällt, in der durch kaiserlichen Erlass die Ein-
schränkung der Majestätsbeleidigungsprojekte angeordnet
wurde, daß die Masse des Bürgertums ruhig zuseht, wie
ein Mann der Feder durch ein solches Urteil für 1 1/2 Jahre
ins Gefängnis geworfen wird, zeigt den tiefen Verfall unserer
sittlichen und politischen Zustände. Es zeigt aber zugleich
auch der kämpfenden Arbeiterklasse die ganze Größe ihrer ge-
schichtlichen Mission, Preußen zum Range eines Kulturstaats
zu erheben. Darum hinein in die Wahlrechts-
bewegung! Es gilt, in Preußen die Säulen der
Freiheit aufzurichten, das dem Proletariat und mit ihm dem
ganzen deutschen Volke zum Ruhme gereichen wird!

Gardens Verurteilung und die Presse. Die
Verurteilung Gardens zu vier Monaten Gefängnis wegen
angeblicher Beleidigung des Grafen Wolff steht in scharfem
Gegensatz zu dem freisprechenden Urteil des Schöffengerichts,
das wir immer für richtig gehalten haben, und auch
heute für richtig halten, obwohl die Zeugnisaussagen,
die für die homosexuelle Veranlagung des Grafen Wolff
sprechen, im zweiten Prozeß oder wenigstens in seinem öffent-
lichen Teil erschüttert worden sind. Gardens hatte in seinen
Artikeln, und diese allein bildeten die Grundlage der Anklage,
die homosexuelle Veranlagung Wolffs nicht behauptet.
Gardens hatte vom Grafen Wolff geglaubt, was ein ord-
nungsmäßig besetzter Schöffengerichtshof auf Grund seiner
öffentlichen Beweisführung für wahr und erwiesen hielt.
Diesem Glauben hat er in seiner Verteidigung Ausdruck ge-
geben, nicht aber in den Artikeln, die er veröffentlicht hat.
Trotzdem ist er heute im Paragrafenstrafe gefangen,
und nur seine Fülle vollführt die ganze bürgerliche Presse,
mit wenigen Ausnahmen, einen Sieges- und Freudensang.
Die bürgerliche Presse hat ganz die Entrüstung ver-
gessen, unter dessen zentersüßeren Papierballen sie noch vor
ein paar Wochen die Kamarkas zerdrückte, sie hat auch ganz
vergessen, daß selbst der Kriegsmünister im Reichstag von der
Verurteilung der Regimenter sprach, und von den Wunden, die
dabei blühen, auch wenn sie Bringen sein mögen. Sie

fragt nicht danach, wo die Strafe dieser Wunden bleibt und
wo der eiserne Besen, mit dem ausgekehrt werden soll, ste-
benkt nicht daran, daß von diesen Wunden noch kein einziger
verurteilt ist, sondern sie äußert bloß die tiefste Befriedigung
darüber, daß über Presseleute, die sich mit den Postulanten
zu beschäftigen wagten, nun im ganzen schon zweiundzwanzig
Monats Gefängnis verhängt worden sind. Denn es gehört
zur preussischen Tradition, die Ehre des Vaterlandes zu
wahren, indem man ihre vorlauten Anpreisler der Er-
ziehung durch den Gefängnisdirektor anvertraut.

Der Neujahrball der russischen Studenten und die Berliner Polizeijagd.

Zu den Polizeinachrichten über die geheimnisvolle Verhaftung von Berliner
Russen, die bald als Anarchisten, bald als Sozialdemokraten
vor dem Publikum aufmarschieren, stellt der „Vorwärts“ fol-
gende Unwahrscheinlichkeiten fest:

1. Der Inhaber der Wohnung Pestalozzistr. 59 in Charlotten-
burg ist ein deutscher Sozialdemokrat, kein russischer
Anarchist.
 2. Verhaftet sind nicht 17 Russen, sondern 14 Russen und
drei Deutsche.
 3. Das Zentralkomitee der russischen Arbeiterpartei existiert
nicht in Berlin und kann daher hier weder geheime noch öffentliche
Sitzungen abhalten.
- Das Ziel dieser Schwindelnachrichten ist klar: Nachdem
das Gericht im Prozesse Trofimoff festgestellt hat, daß die
russische Sozialdemokratie mit Anarchisten nichts zu tun
hat, die Versuche der Polizei, „ihre“ Sprengstoff-
und Waffensunde unserer und der russischen Bruderpartei an
den Hals zu hängen, glatt zu Boden gefallen sind, soll der
bleibere deutsche Philister wieder graulich, die deutsch-russische
Polizei diesseits und jenseits der Reichsel gegen unsere russi-
schen Genossen und gegen unsere Partei wieder scharf gemacht
werden. Wir warten es in Ruhe ab. Inzwischen mag sich
die Berliner Polizei mit den Vorbereitungen zum
Neujahrball der russischen Studenten beschäftigen.
Nach unseren Informationen betraf nämlich die „geheime
Zusammenkunft in der Wohnung eines bekannten russischen
Anarchisten“ diese höchst politische Angelegenheit. Die dabei
zu verwendenden Bomben bestehen, wie wir der siebenten
Abteilung ganz direkt mitteilen wollen, aus Pfefferkuchen.
- Inzwischen muß auch die eifrige Polizei zugeben, daß
sie wieder einmal daneben gehalten hat. Die Verhafteten
sind entlassen, aber — damit die Blamage nicht gar zu
kolossal aussteht — soweit Ausländer dabei sind, wurden sie
ausgewiesen; sie sind ja in Deutschland ohne Rechte. Die
Polizei melbet selbst: Die noch in Haft befindlichen 13 Per-
sonen — 2 Frauen und 11 Männer — wurden noch
heute in Freiheit gesetzt, haben aber sofort einen
Ausweisungsbefehl erhalten, wonach sie innerhalb
24 Stunden die Grenze zu überschreiten haben. — So endet
die neueste große Staatsaktion mit einem Gewaltstreich gegen
Ausländer, die nichts begangen haben. Preussisch!

Durchgefütterte Nationalliberale. Infolge einer
Folentik, die zwischen der „National-Zeitung“ und weiter
rechts stehenden Organen ausgebrochen ist, kommt plötzlich
auf, daß der preussische Finanzminister, Herr
von Rheinbaben, in einem, wie es scheint, recht weitgehenden
Umfange bankrotte Organe der national-
liberalen Partei unterstützt hat. Dieser plötzlich
enthüllte Fall bürgerlicher Presserelationen wird dadurch noch
interessanter, daß es sich dabei nicht bloß um preussische,
sondern auch um bayerische Pressunternehmungen handelt, die
vom preussischen Finanzministerium unterstützt worden sind.
Die nationalliberale Partei lebt bekanntlich seit einiger Zeit
in intimer Fehde mit Herrn von Rheinbaben. Auch die
Berliner „National-Zeitung“ beteiligte sich an den Angriffen,
die gegen den Champion des preussischen Junkertums gerichtet
waren, mußte sich aber von der freikonservativen „Post“ in
folgender Weise abfertigen lassen:

Dieser Versuch, Herr von Rheinbaben im allgemeinen und
insbesondere beim Herrn Reichsanwalt zu verdächtigen, richtet
sich selbst; es genügt, ihn niedriger zu hängen. Die Leistung
scheint aber in noch tragwürdigerem Lichte, wenn man bedenkt, daß
ohne das Einspringen Herrn von Rheinbabens im
letzten Momente die „Nationalzeitung“ heute wahrscheinlich nicht
mehr existierte.

Gegen diese vernichtende Feststellung sucht sich die
„National-Zeitung“ durch folgende gewundene Erwiderung
zu wehren:

Statt festlicher Einwürde beschränkt sich die „Post“ dagegen
auf eine ganz unachtbare Bemerkung, woraus wir für uns nichts,
für die „Post“ dagegen nur die nicht uninteressante Offenbarung des
Grundfalses entnehmen können: das Wesen der „Post“ bestehe darin,
sich für Geälligkeiten dankbar zu erweisen.

Vorant die „Post“ mit berechtigtem Hochn erwidert:

Also wenn der „National-Zeitung“ das Leben gerettet
wird, so ist das, nach der erwähnten Annahme der „National-
Zeitung“, nur eine kleine Geälligkeit. Und zum Dank für
diese Lebensrettung will die „National-Zeitung“ dem Manne, der
ihre „Geälligkeit“ erwiesen hat, das Wesen der „Post“ bezeugen,
sich für Geälligkeiten dankbar zu erweisen.

Die „National-Zeitung“ gesteht also und die „Post“
unterstreicht dieses Geständnis, daß sie von der preussischen
Regierung Geld empfangen hat; sie sucht aber einen Beweis
für ihre Unbeschlichkeit daraus abzuleiten, daß sie Herrn
v. Rheinbaben trotzdem angreift.

Nun mißt sich aber auch die „Tägl. Rundschau“ in die
Sache. Sie schreibt:

Daß Herr v. Rheinbaben und Herr Ministerialdirektor Althoff
seinerzeit bei der „Münchener Allgemeinen Zeitung“
Reiterdienste leisteten und ihre Editorialien anbahnten,
war uns bekannt; vor Beziehungen des konservativen Herrn von
Rheinbaben zu dem nationalliberalen Organe hören wir durch die
„Post“ zum ersten Mal.

In ganz Süddeutschland sind die Nationalliberalen die
eigentlichen Agenten des unverfälschten Preussentums. Herr
von Rheinbaben wußte also sehr genau, warum er sich der
von Berlin verlassenen Münchener „Allgemeine Zeitung“
väterlich annahm.

Inzwischen schreibt das „Berliner Tageblatt“:
Das nationalliberale Organ könnte annehmen, daß auch die
„Post“ ohne das „Einspringen“ eifriger Wohl-
täter seit langem nicht mehr existierte.

Die nationalliberale wie die Reichspartei sind nun auch
als die Stipendiatinnen der reaktionärsten Mitglieder der
preussischen Regierung entlarvt. Sie dürfen niemand anderen
mehr angreifen, als die Sozialdemokratie, denn wo sie sonst
angreifen, müssen sie sich auf die Antwort gefaßt machen:
„Rusch, du bist ja von mir bejahlt!“
Wer weiß, wer in unserer Nähe noch vom Neglerungs-
tische speist!?

Missliebige Musik. Herr von Roscielski, Mitglied
des preussischen Herrenhauses, hat im „Dienstag Postamt“
ein so genanntes Kolende-Lied politischen Inhalts veröffentlicht.
Ein Kolende-Lied ist ein Lied, das in slowischen Ländern
von Kindern angestimmt wird, die in der Zeit zwischen
Weihnachten und den Heiligen Drei Königen singend von
Tür zu Tür ziehen. In Roscielskis Kolende-Lied heißt
es nun:

„Oel Kolende, Kolende!
Auf Erden machen sich Gewalttätigkeit und Strafenraub breit,
Der Teufel will uns den Ader entziehen,
Die Arbeit ist ihm ein Vorn im Auge,
Er weiß, daß Kraft ist, wo ein Beet ist.
Oel Kolende, Kolende!“

Das bezieht sich natürlich auf die Entleerungspläne der
preussischen Regierung und ist verständlich. Nicht verständlich
ist aber eigentlich die Aufregung, in die die staatsrechtlich
Blätter von dieser Poesie versetzt werden. Erinnern sie sich
nicht daran, daß aus der Zeit der sogenannten Befreiungs-
kriege Lieber weit blutrünstigeren und „heftigeren“ In-
halts wie das Liebliche: „Schlagt ihn tot, den Kaiser
Napoleon! noch heute in den preussischen Schulen verbreitet
sind?“

Vorbereitung gegen Vernehmung des Secres. „Eine
Art von homosexueller Aultürung und Verleumdung über
die Gefahren der männlich-geschlechtlichen Verführung gebildet“, der
„Mit.-Vol. Korrespondenz“ zufolge, seit kurzem einen Teil des Dienst-
unterrichts bei vielen Gardebataillonen und auch
Provinzialregimentern. In diskreter Form werden absonder-
lich die Rekruten und die älteren Jahrgänge, meist von den Kompagnie-
-, Eskadron- und Batterieführern selbst, auf die Gefahren aufmerksam ge-
macht, die sich auf diesem Gebiete den Mannschaften in mancherlei
Form nähern. Man geht nicht feht, dies — von oben angeregte —
Vorgehen und dankenswerter Neuerung mit den künftigen Entstellungen
in Verbindung zu bringen, die eine üble Begleiterscheinung des ersten
Gardenprozesses waren.“

Diese Verfügung einer höheren Militärbehörde beweist klar, daß
man auch nach dem zweiten Gardenprozeß nicht alles für wider-
te hält, was in dem ersten vor dem Schöffengericht über Vorkomm-
nisse in der Armeekorps enthüllt wurde.

Der Klotterkrazel. Wie mit ziemlicher Bestimmtheit ver-
lautet, ist für den Fall, daß am 19. Januar in Kassel statt-
findenden Hauptversammlung des Vortruppsvereins das Vertrauensvotum
für General Keim abgegeben wird, und dieser an der Spitze des
Vereins bleibt, sicher zu erwarten, daß Bayern und mit ihm, so-
weit bis jetzt feststeht, vier große Landesvereine und fast
alle süddeutschen Klottervereine mit zwei Ausnahmen aus dem
Klotterverein austreten werden. Ob Prinz Anstreich das
Protokoll dieses süddeutschen Verbandes übernimmt, gilt als sehr
zweifelhaft.

Eine Reichstagswahlwahl steht auch dem oberbayerischen
Wahlkreis Neumarkt bevor. Der dortige Reichstagsabgeordnete
Felix Kahl, Stadtparrer in Ingolstadt, ist zum Domkapitular
in Eichstätt ernannt und muß infolgedessen sein Mandat
niederlegen. In der Wiederwahl des Herrn Kahl ist nicht zu
zweifeln, da der Wahlkreis bei der letzten Wahl 13,408 Zentrum-
stimmen und nur etwa 2000 gemischte Stimmen aufzählte.

Handwerksratifikation. Das „Ministerialblatt der Handels- und
Gewerbeverwaltung“ will mit, daß am 1. September 1907 in den
Vorständen der preussischen Handwerksvereine 5577 freie,
2577 Zwangsmitglieder, 233 Innungsvereine. Die Zwangs-
leistungen waren im Handwerksratifikation Frankfurt a. O. an-
geordnet (27), im Handwerksratifikation Bamberg am letzten
11). Die meisten freien Innungen hatte Berlin (537); ihm folgte
Stettin mit 486. Die Gesamtentwicklung der letzten 5 Jahre ergibt
eine Vermehrung der freien Innungen um 275, der Zwangsinnungen
um 256 und der Innungsvereine um 97.

An Feiertagen Fleischkost. Eine Erklärung zur Dienst-
botennot am dem Lande gibt folgendes Inserat eines Gutbesizers
im „Münchener Anzeiger“ (Oberbayer):

„Zurück eine tüchtige Stallmads zu 26 Stück
Rindvieh, Jahreslohn 250 Mk. nebst Trimgeld, gute
Kost, an Feiertagen Fleischkost. Nur tüchtige
Personen wollen sich melden.“
Wie aus die Kost der Dienstboten in schlechtem Rufe stehen,
wenn „an Feiertagen Fleischkost“ als besonderes Lodmittel an-
geführt wird.

Das herrliche Dreiklassenwahlrecht. Eine eigenartige
Beseitigung erfährt, wie man an Aischdorf schreibt, das Drei-
klassenwahlrecht wiederum durch folgende Meldung aus der
rheinischen Bürgermeisterei Erkelenz:

„Auf der durch den Vorsitzenden des Ausschusses der Inter-
nationalen Bohraefellschaft, Kaly, als dem einzigen Wähler
der ersten Abteilung, vollkommenen Stimmverordnetenwahl-
gängen die Herren Josef Rütten und Ingenieur Zimmermann herbor.“
Das ein Wähler mit großem Geldsack ebenso viel Rechte hat,
als tausend mit fleißigen Händen und Köpfen gilt in Preußen als
eine unantastbare Einrichtung.

Ausbau der Erbschaftsteuer. In Bezug auf die Reichs-
finanzreform schreibt die „Deutsche Tageszeitung“, die bayerische
Regierung habe im Bundesrat den Ausbau der Erb-
schaftsteuer empfohlen. Das agrarische Blatt sagt natürlich
hing, daß sich weder im Bundesrat noch im Reichstage für einen
solchen Ausbau eine Mehrheit finden lassen werde.

Eine famose Kabbalgerei spielte sich am Donnerstag
Abend im Leipziger Stadtparlament zwischen den
beiden bürgerlichen Parteien, Staatsparteiern und Reichsparteiern,
zum großen Gaudium unserer Genossen ab. Die 72 Stadter-
ordnen sind ziemlich gleichmäßig auf alle drei Parteien verteilt.
Die Reichspartei als die herrschende in Leipzig beansprucht von
den drei Präsidentenposten zwei, den Vorsteher und einen Vize-
präsidenten. Die Mittelständler dagegen wollen die beiden Vize-
präsidentenposten besetzen. Nur darüber sind sich die feindlichen
Eräder einig, der Sozialdemokratie das Recht auf
den einen Präsidentenposten vorzuziehen. In der
ersten Sitzung jedes Jahres wird das Präsidium neu gewählt.
Die gestrige zweitägige Sitzung verlief in resultatlos —
nicht einmal der Präsident wurde gewählt —, daß sie aufgehoben
und auf den nächsten Dienstag vertagt wurde. Der von der
Reichspartei wieder präsentierte Präsident Dr. Roth erhielt im
ersten Wahlgang von 70 abgegebenen Stimmen 29. Darauf er-
klärte er, das Amt unter den Umständen nicht tüdeter annehmen
zu können. Beim zweiten Wahlgang erhielt er nur 28 Stimmen.
Nunmehr schlug unser Genosse Bollender vor, erst den zweiten,
dann den ersten Vizepräsidenten und hierauf erst den Präsidenten
zu wählen. Dieser Wahlmodus ist zulässig, wenn kein Wider-
spruch erhoben wird. Der Anstichth Bernhardt war tolpatschig
genug, zu widersprechen, worauf Dr. Roth in dem dritten Wahl-
gang 31 Stimmen erhielt, die anderen Stimmzettel waren wie
in den ersten Wahlgängen unbeschrieben. Nunmehr wurde
am Montag der Reichsparteier die Sitzung auf eine Stunde zum

Stuhlfabrikanten verweigern. Das Resultat war, daß Dr. Reich im Plenum, Wohlgegang beim Wiederum nur 28 Stimmen erhielt. Das Reich unsere Genossen über die Situation beklagten, herbeiführte sich „Stolz“ erklärte aber ein Kaiserminister, so lange die Sozialdemokratie keine Repräsentationspflichten übernehme, könne sie kein Abgeordnetenposten annehmen werden. Das wurde natürlich nur Heiterkeit. Die Sitzung wurde darauf bis Dienstag vertagt, wo der Tanz von neuem losgehen kann.

Ausland.

Die Preußen den Nationalwohlstand gefährdet. Die offizielle „Handels- und Industrie-Zeitung“, die nichts weniger als polenfreundlich gestimmt ist, bringt in ihrer letzten Nummer aufsehenerregende Nachrichten aus Warschau über den in Szene gesetzten Boykott deutscher Fabrikate in Rußland-Polen.

„Obwohl genaue Angaben noch fehlen — so schreibt das Blatt — wird jetzt schon die Beobachtung gemacht, daß dieser Boykott auf den Güterverkehr eingewirkt hat; verschiedene Waren aus Deutschland passieren die hiesigen Zollämter in weit geringererem Maße wie bisher. Andererseits ist eine merkliche Belebung in den Handelsbeziehungen mit Galizien eingetreten, ungleich ist eine verstärkte Nachfrage der innerrußischen Erzeugnisse zu verzeichnen.“

Als charakteristisches Symptom der Boykottbewegung meldet das selbe Blatt, daß österröische, französische und englische Firmen ihre Agenten nach Rußland-Polen entsandt haben, um die dortigen Absatzbedingungen genauer kennen zu lernen.

Sichphndarbeit. Die russische Regierung und die herrschende Junkerclique sehen mit Recht in der Lösung der Agrarfrage eines der wichtigsten Mittel zur Beseitigung der jetzigen politischen und wirtschaftlichen Krise. Allein die Mittel, mit denen sie die Lösung dieser Frage betreiben, sind nichts weniger als geeignet, das jetzige Regime aus dem Sumpfe zu ziehen, in dem es rettungslos versunken ist. Mit welchem Triumphschrei schritt die Regierung vor etwa 1/2 Jahren an die Einrichtung der Landeinstichtungs-Kommissionen, die im Bande mit der Bauernbank nichts mehr und nichts weniger als die Landnutz der Bauern besetzten sollten. Und wie kläglich ist nun diese ganze Aktion gescheitert! Die Regierungsblätter würden nicht müde, alle Fälle zu registrieren, wo Bauern unter Vermittelung der Bauernbank Land gekauft hatten. Jetzt veröffentlicht die „Regierungs-Anzeiger“ die Ergebnisse der öffentlichen Versteigerungen der von den Bauern erworbenen Landparzellen, die im Herbst 1906 und im Frühjahr 1907 wegen Zahlungsrückstände von der Bauernbank zum Verkauf ausgeschrieben wurden. Von den 73,500 Dekjatin, die hier zum Verkauf standen, gelang es bloß einem geringen Teil zu verkaufen, während 61,000 Dekjatin oder 84 Prozent an die Bank zurückfielen.

Die ganze Fruchtlosigkeit der — nebenbei bemerkt, sehr kostspieligen — Reformaktion der Regierung tritt aber besonders grell hervor, wenn in Betracht gezogen wird, daß das Kredit der im Laufe des Jahres zur Versteigerung gelangenen Landparzellen (73,500 Dekjatin) genau demselben Aleich ist, das von der Bauernbank durchschnittlich im Jahre an die Bauern „verkauft“ wird.

Zurück zu Nikolaus I. Es scheint, als dürftest Nikolaus II. nach den Vorbeeren seines Großvaters, für den Befähigung der Universitäten ein unerlässlicher Luxus waren. Jedenfalls steht es jetzt auf der Odesaer Universität nicht besser aus, wie zu Zeiten der berühmtesten Künstlerlinge der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts.

Als der Rektor und Prorektor der Odesaer Universität, Zantichensky und Wasilowsky vor kurzem ihres Amtes entthronen und zur Verantwortung gezogen wurden, erklärte sich der Professorenrat vollkommen folgsam mit den genannten Personen, die ihre gesetzlichen Befugnisse nicht um das geringste überschritten hatten. Und das Ergebnis war, daß nach sieben der angesehensten Professoren, darunter der berühmte Professor Moskowsky, verabschiedet wurden. Weitere Maßregelungen stehen bevor.

Wie der schlußliche „Steuersammler“ meldet, steht außerdem die Revision der Universitäten Petersburg, Moskau, Kiew, Kasan, Charkow, Dorpat und Tomsk bevor. Es soll hierbei u. a. der Bestand des Professorenbundes und seine Beziehungen zu den Studentenorganisationen festgestellt werden. Wie von anderer Seite berichtet wird, ist die Maßregelung einer ganzen Reihe von Professoren in Regierungskreisen beschlossene Sache.

Der Sozialist auf der Bank. Aus Paris meldet ein Telegramm: Der Minister hat Briand zum Justiz- und Kultusminister, Doumergue zum Minister des Unterrichts und Cruppi zum Handelsminister ernannt.

Die wichtigste dieser Ernennungen ist unzweifelhaft die Briands, der als Garde des sceaux, als Großregelmacher, zugleich Vizepräsident des Ministerrats wird. Briand wird nun das von ihm durchgeführte Trennungsgesetz, das durch das Gesetz über die Verteilung der Kirchengüter nunmehr auf das Gebiet des bürgerlichen Rechts übergeleitet wird, in seiner doppelten Eigenschaft als Justizminister und Kultusminister bis zu den letzten Konsequenzen durchzuführen haben. Er wird als Justizminister mit der Kommission zu arbeiten haben, die zur Untersuchung über die verlorene Milliarde vom Senat eingesetzt wird. Boshafte Leute kommentieren die Tatsache, daß Briand annahm, so, daß der Ministerpräsident Briand am liebsten an seinem eigenen Plage sehen möchte.

Wieder ein Gewaltstreik banebengegangen. In Boisecille (Dach) wurde Genosse George Pettibone von der Anklage der Teilnahme an der Ermordung des früheren Gouverneurs Steuenberg freigesprochen. Pettibone geht neben Mober und Haywood zu den Führern des Bergarbeiterverbandes und war ebenso wie seine beiden Kollegen der gemeinschaftlichen Verurteilung mehrerer Morbtaten an Bergwerksbestyrern beschuldig worden. Ihre Anhänger begründeten die nunmehr erfolgte Freisprechung auch des letzten der drei Angeklagten als einen Sieg der nationalen Arbeiterklasse, für die alle ihre besten Kräfte eingesetzt haben. Die Ankläger aber sitzen bereits zum größten Teile auf der Anklagebank, um sich wegen ganz gemeiner Verbrechen (Diebstahl und Betrug) zu verantworten.

Kleine Auslandsnachrichten.

Wegen politischer Meinungsabgrenzungen hat zwischen dem Magnatenhausmitglied Grafen Paul Esterhazy sowie dem abgeordneten Kallay in Budapest ein Abwechselluft stattgefunden, wobei Kallay einen scharfen Streich über die Seiten und Graf Esterhazy einen Flachhieb erteilt. Die Gegner scheiden unversöhnt. Der anachronistische Schriftsteller Kuba Iff Kozann, welcher unter dem Pseudonym Pierre Kopus bekannt ist, wurde vom Wiener Bezirksgericht wegen — Falschmeldung — zu

18 Stunden Arrest verurteilt. — Die Wollkoll von Demogel (Frankreich) verbotene den Anarchisten Strukt, welcher einen Vortrag halten wollte. Die Festnahme erfolgte auf Grund eines Haftbefehls der Behörden von Genua wegen Aufregung von Soldaten zum Ungehorsam und zum Mord. — „Journal de Geneve“ berichtet, daß das französische Finanzministerium beabsichtigt, eine internationale Konferenz einzuberufen, welche mit der Lösung der Erbschaftsfrage beauftragt werden soll. — Das Pariser Blatt „Soleil“ berichtet, daß 22 Rekruten der Garnison an der Magenta desertiert seien. — Demselben Blatt zufolge haben sich über 30 Deutsche zur Fremdenlegation amnestieren lassen. — Im letzten Monat kamen in Macabonien 145 politische Morde vor. Dabei wurden 74 Serben getötet. Wie aus Sofia gemeldet wird, ist das bulgarische Kabinett zurückgetreten. — Das Ober-Marktleitungsgericht in Petersburg hat die Kassationsklage über wegen der Saboteur der kaiserlichen Jagd, Standard verurteilten Personen geprüft und angeordnet, den ganzen Prozeß einem neuen Gericht vorzuliegen. — Zwischen dem Zirkentium Monaco und dem Vatikan droht der Ausbruch eines Konfliktes, der prinzipielle Bedeutung hat. Der Vatikan wird, sobald der Papst seinen geplanten Besuch in Rom ausführt, den üblichen Protest erlassen, der, wie das B. L. erzählt, durch die Demission des Gesandten Monaco beim Vatikan, des Grafen Wagner, eines intransigenten Klerikalen, unterstützt werden wird. Sollte der Papst von Monaco an Wagners Stelle einen neuen Gesandten ernennen, so wird der Vatikan denselben nicht anerkennen. Danach dürfte also die Folge der Komreise des Fürsten von Monaco vermutlich die Aufhebung der Gesandtschaft beim heiligen Stuhl und der Ausbruch eines kleinen Kulturkampfes sein.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 6. Januar.

Achtung, Maurer! Die für Donnerstag, den 9. Januar, Abends 7 Uhr, anberaumte Maurer-Verammlung findet nicht im Gewerkschaftshause, sondern im „Goldenen Repter“, Klosterstraße, statt. Diese Veränderung wurde notwendig durch die Wasserungsvermählungen, von welchen auch eine im Gewerkschaftshause abgehalten wird.

Verband der Müller. Sonntag, den 12. Januar, Nachmittags 3 Uhr, im Gewerkschaftshause, Zimmer Nr. 2: Auserordentliche Generalversammlung. Bericht des Vorstandes und Neuwahl desselben.

Im Kaufsch. Eine Schießerei, die leicht verhängnisvolle Folgen hätte haben können, vertrieb am Sonnabend Abend am Oberkasseler ein junger Mann. Als er in ein Haus einbringen wollte, um seine dort dienende Braut zu besuchen, wurde ihm durch die Haushälterin und einen Offiziersburschen wegen seines betrunkenen Zustandes der Eintritt verweigert. Aus Horn darüber zog er einen Revolver hervor und schloß viermal blindlings darauf los. Eine Kugel durchschlug die Hausstürze und sauste ihm am Kopf der Frau vorbei. Der junge Mann, welcher den Revolver alsbald in einen Schneebauern verpackt hatte, wurde in Haft genommen.

Dumme Jungenfreier. Am 5. d. M., Morgens, änderten zwei Handlungsgehilfen einen sog. Kanonenschlag, den sie sich tags zuvor in einem Papiergeschäft gekauft hatten, auf dem Platz vor dem Warenaus der St. Matthäuskirche an. Die Explosion war so heftig, daß fünf Fenster zerbrachen in der Wohnwohnung zertrümmert wurden. Der Knall war weithin hörbar und schreckte viele Bewohner aus dem Schlafe auf. Die Personalien der beiden Unzufriedenen konnten bald festgestellt werden.

Zur Retignozierung. Am 29. v. Mts. wurde bei Bremen die scheidlich vermittelte Leiche einer etwa 40 Jahre alten Frauenperson gefunden, deren Personalien bis jetzt noch nicht haben festgestellt werden können. Angaben zur Retignozierung der Ermordeten sind im Zimmer 54 des Polizei-Präsidiums zu machen, wo eine Abbildung des Kopfes, sowie ein Signalement einzusehen ist.

Diebstähle. Aus einer Biegelei wurden mittels Einbruch 100 gußeiserne Dedel im Werte von 75 Mk. gestohlen. — Einem Herrn wurde am Wilhelmshafen ein Fabrad, Marke „Drennabor“, Nr. 470, 161 gestohlen. — Aus einem Keller auf der Poststraße wurden mittels Einbruch eine Flasche Rum und 5 Flaschen Rotwein gestohlen. — Einem Obsthändler von der Friedrich-Wilhelmstraße wurde ein zweirädriger Handwagen gestohlen.

Gefunden wurden: Ein Umhang, eine silberne Damenuhr, eine schwarze Pelzboa, ein Silberalbum, ein Straußfederkästchen und ein Paket mit 2 Bädern.

Abhanden kamen: Ein Vincenz, eine goldene Brosche mit einer Kinderphotographie, eine Handtasche mit 32 Mk., eine Manschette mit grünem Knopf und eine Reisbede.

Aus Schlesien und Posen.

16 Protestversammlungen

wurden am

9. Januar, Abends 8 Uhr

in der Provinz stattfinden und zwar in folgenden Orten:

- Strehlen, Gasthof bei Herber,
- Oblan, Gasthof „Stadt Dela“,
- Neumarkt, Gasthof „Zum gelben Löwen“,
- Diegnitz, Gewerkschaftshaus,
- Freiburg, Gasthof „Germania“,
- Striegau, Gasthof „Bierquelle“,
- Peifferwitz, Gasthof Schaar,
- Festenberg, Gewerkschaftslokal (Nende),
- Saynau, Gasthof „Zur Hoffnung“,
- Ziegenhals, Gewerkschaftshaus,
- Reiffe, Gewerkschaftshaus,
- Neustadt, Gewerkschaftshaus.

Fauer, Rothenbach, Gorkau bei Nimpsch, Gorkau bei Zobien (Lokale werden noch bekannt gemacht).

Der Sturm auf die Beseitigung des verrotteten Preußenwahlrechts soll mit erhöhter Kraft erneuert werden. Bürger, Arbeiter, Parteigenossen! Laßt Euch nicht zurückhalten. Schließt Euch nicht aus, wenn es gilt, das freie Wahlrecht für Preußen zu erringen. Erscheint alle! Je wichtiger der Protest, je größer die Zahl der in Bewegung gesetzten Volksmassen, um so eher wird die Zwangsübung der Reaktion fallen müssen. Darum auf zum Protest! Alle Mann in die Versammlungen.

Im Breslauer Landkreise

sind auch wieder in allen Orten, in denen wir Lokale haben, Protestversammlungen statt. Die Orte und Lokale werden morgen bekannt gegeben.

Neueste Nachrichten.

Neue Meinungen zwischen Japan und Amerika. London, 6. Januar. (S. L.-B.) Wie aus Washington gemeldet wird, nehmen die japanischen Auswanderer nun nach Honolulu trotz der letzten Ururden stetig zu.

New York, 6. Januar. Erste Ururden sind im Staate Utah angekommen. Eine Anzahl amerikanischer Arbeiter unternehmen einen Angriff auf japanische Arbeiter, die von einer dortigen Eisenbahn-Gesellschaft zur Ausführung von Erdarbeiten ver

wandt werden. Bei dem Zusammenstoß wurden mehrere Personen schwer verletzt.

Central News meldet aus Vancouver einen blutigen Kampf zwischen japanischen Lagerschiffern und weißen Matrosen, bei dem die Leberzahl der Japaner den Sieg davontrug. Die Weißen schlugen drei Verwundete zurück, von denen einer im Sterben liegt.

Washington, 6. Januar. (S. L.-B.) Präsident Roosevelt beauftragte Staatssekretär Root, die japanischen Behörden in Tokio zu notifizieren, daß er, falls der Kongreß das Gesetz betreffend den Ausschluß der japanischen Arbeiter aus den Vereinigten Staaten gut heißen sollte, sein Veto einlegen werde. Root ist über den Ausgang dieser Frage sehr unzufriedener Stimmung.

San Francisco, 6. Januar. Der japanische Botschafter Komatsu erklärte bei einer Unterredung, Japan sei zwar gewillt, die japanische Verantwortung zu beschränken, würde aber jeden Versuch der Vereinigten Staaten, die Japaner von ihrem schließlichen oder inoffiziellen Gebiet auszuschließen, als feindseliges Akt ansehen.

New York, 6. Januar. Die Meldung der „Associated Press“, daß in San Francisco der heimkehrende japanische Botschafter erkläre, Japan würde jeden Versuch, Japaner auszusperren, als beleidigende Handlung betrachten, erregt großes Aufsehen. Ihre Korrektheit wird sehr bezweifelt. Wahrscheinlich ist die Einstellung eines Interviews im „San Francisco Chronicle“, wozu Root zur Lage, Japan würde ein Ausschlußgesetz als Beleidigung schwer empfinden. Tatsächlich ist bisher ein solches Gesetz sehr unpopulär. Roosevelt ist energisch bemüht, es zu verhindern. Er teilte den Führern des Kongresses mit, er würde sein Veto dagegen einlegen.

Washington, 6. Januar. (S. L.-B.) Man sieht hier mit Spannung einer autorisierten Feststellung der Regierung entgegen, die der japanische Gesandte Koki über die Einwanderungsfrage getan hat. Die Erregung, welche die Nachricht hervorgerufen hat, wird hier als ein Anzeichen betrachtet, daß die schwebenden Verhandlungen sich unter der ununterbrochenen Gefahr ihres Scheiterns abspielen.

London, 6. Januar. Die „Times“ melden aus San Francisco: Aus gut informierter Quelle wird mitgeteilt, daß die Generalkonsuln der Staaten Kalifornien, Oregon und Washington vom Kriegsminister den Befehl erhalten haben, möglichst schnell nach Washington zu kommen. Es verläutet, ihre Anwesenheit sei notwendig, wegen Beratung über die Küstenverteidigung. Japanischen Versteht im Osten große Tätigkeit. Fortgesetzt finden Munitionsendungen nach den Philippinen statt.

London, 6. Januar. (S. L.-B.) Infolge des letzten Zwischenfalls in Vancouver, bei welchem durch die Japaner ein Feuerwehmann getötet wurde, ist den Japanern, die die Stadt bewohnen, das Tragen von Waffen verboten worden.

New York, 6. Januar. (S. L.-B.) Die Lage in Vancouver ist sehr ernst. Hunderte von Japanern eilen aus der Umgegend nach Vancouver, um den Landbesitzer im Falle des Ausbruchs von neuen Unruhen beizustehen. 1200 Japaner sind unterwegs von Honolulu. Die weiße Bevölkerung ist durch die Übung eines Feuerwehmannes erschüttert. Die Behörden sind machtlos. Zusammenstöße werden befürchtet.

Im neuen Jahre neue Siege!

Münchberg, 6. Januar. (S. Tel.-B.) Bei der gestrigen Landtagswahl im bayerischen Wahlkreis Schwabach wurde der Arbeiterkandidat Hierl (Soj.) mit 2500 Stimmen gewählt.

Der Kampf in der Auto-Industrie.

London, 6. Januar. (S. L.-B.) Gestern Nachmittag fand im Hyde-Park ein Meeting der Arbeiter in der Automobil-Industrie statt, in dem mehrere Syndikatssekretäre die Arbeiter unterstützten. Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der das Publikum aufgefordert wird, die Examen eines Ausschusses für die Festsetzung der Arbeitszeit und der Löhne beim Handelsminister zu unterstützen.

Verbrannt.

Königsbrunn, 6. Januar. Infolge eigener Unvorsichtigkeit ist ungelohnt Abends gegen 11 Uhr die Stubenarbeiterin Frau Weholy auf gräßliche Weise in ihrer auf der Tempelstraße 46 gelegenen Wohnung verbrannt. Die Frau ist, während ihr Ehemann sich in der Grube befand, am geheizen Ofen eingeschlafen. Durch die geöffnete Ofentüre getreten ihre Kleider in Brand und verbrannten vollständig am Körper. Auf ihr Hilferufen eilte der in derselben Hause wohnende Uhrmacher Berndt herbei und löschte den Brand ab. Inzwischen waren die Brandbrunden, welche die Frau am ganzen Körper erlitt, so schwer, daß sie im Anpflanzungsstadium, wobei sie alsbald durch die Polizei geschafft wurde, ohne Hoffnung auf Wiedergenesung darniederlag.

Frankfurt a. M., 6. Januar. (S. L.-B.) Gestern Abend gegen 8 Uhr wurde in der Altstadt der 18jährige Metzgerknecht beim Phyllaklischen Verein F. Wertz von einem Unbekannten in Herz gestochen und dadurch lebensgefährlich verletzt.

Mielefeld, 6. Januar. (S. L.-B.) In einer Mergelgrube bei Bünde wurden gestern durch herabfallendes Gestein zwei Personen getötet und eine lebensgefährlich verletzt.

Brüssel, 6. Januar. (S. L.-B.) Das Blatt „Demiere Heure“ stellte auf Verlangen der Prinzessin Louise die Subskription zu Gunsten des Rückkaufs der Juwelen der verstorbenen Königin Henriette ein.

London, 6. Januar. (S. L.-B.) Aus Tanger wird berichtet, daß infolge Geldmangels der Verkauf von Lebensmitteln für die Gefangenen erschwert ist. Nachdem der Sultan bei der Zollverwaltung verweigert, um diese Zwecke nachgeschickt hatte, wurden 30 Gefangene in Freiheit gesetzt.

Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes.

Montag, den 6. Januar.

Ort	Dienstag früh 7 Uhr			Temp.-Ertr.			Wetter
	Temp.	Wind	Nöchl.	Max.	Min.		
Bresl. Sternw.	-1	SW 4	0,1	2	-1		bedeckt
Rosenh. Br.	-1	SW 2	0	1	-2		„
Berlin O.	-3	SW 2	0	0	-4		„
Hamb. Sternw.	-5	SW 2	0	-2	-5		„
Bilmeral	-3	D 1	0	2	-3		„
Stettin	-2	SW 1	gering	1	-2		„
Wittenberg	-2	SW 4	gering	0	-2		„
Dmitrow	-1	W 3	gering	0	-1		wolkig

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Von Freitag von 12-1 Uhr Mittags.

W. Rosen. Bei Bodenlohn ist für Feiertage, die auf Wochentage fallen, der Lohn weiter zu bezah. Die Herren sind hierbei auf die Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches hinzuweisen.

H. B. 10. 1. Da Steuern erst in vier Jahren verfallen, müssen die für Anfang 1906 fälligen Steuern bezahlt werden. 2. Nein. 3. Die Kinder haben Anspruch auf ein Pflichtschuljahr.

H. S. Brandenburgererben. Diese Erblasserantwortung geht nur in uns vor, soweit sie ein Anrecht darauf hat, auch verwendet. Guten Dank.

D. L. In unserer Ansicht nach muß das mit jenen Briefkasten geschickte, die 1. haben keine volle Konzeption haben. Da dies aber für viele Christen eine ganz außerordentliche Sache bedeutet, ist anzunehmen, daß allen diesen mehr als fünf Jahren bestehenden Briefkasten die volle Konzeption erteilt wird. Die Subskription liegt bei den Herren bekannten Personen. Bitte auch den

Ans der Gerichtshöfen

Wegen Mordverleumdung
Wurde der Schloßherrliche Hof am Sonnabend von der Breslauer Strafkammer zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Was ist ein Abgeordneter der Polizei im Sinne des Vereinsgesetzes?

In Langendreer tagte am 28. April 1907 eine Versammlung des polnischen Lehrervereins „Sokol“. Es erschien ein Polizeibeamter, der von der nicht angemeldeten Versammlung erfahren hatte. Als man ihm die Bescheinigung über Anmeldung einer Versammlung nicht vorzeigen konnte, wurde er die Versammlung auf. Er ging davon aus, daß es eine Versammlung zur Erörterung öffentlicher Angelegenheiten sei, welche der Anmeldung bedürfte. Das Vorstandsmitglied Stanke erwiderte sich nicht sofort. Er wurde deshalb wegen Verhinderung des § 15 des Vereinsgesetzes in zwei Instanzen vom Landgericht Bochum zu einer Geldstrafe verurteilt. Der zweite Instanz des Kammergerichts hob das Urteil auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung an das Landgericht zurück, indem er ausführte: Der § 15 des Gesetzes spreche ausdrücklich von einem Abgeordneten der Ortspolizeibehörde. Die Worte ergäben, daß es nicht ein beliebiger Polizist sein könne. Es müsse ein Abgeordneter sein. Und daß es sich nicht um einen ein für allemal abgeordneten Polizisten handeln könne, sondern nur um einen solchen für den Spezialfall, das ergebe sich aus § 4, wonach die Ortspolizeibehörde 2 Polizeibeamte oder andere Personen in Versammlungen gemäß § 1 „als Abgeordnete“ schicken könne. Nur ein derartiger, für den Spezialfall bestimmter Abgeordneter dürfe auflösen. Ob es sich um einen solchen hier handle, müsse erst noch festgestellt werden.

Vereins-Kalender.

Gewerkschaftshaus.

Die Gewerkschaften, Gesangs-, Turn-, Radfahrer- und sonstige Vereine werden darauf aufmerksam gemacht, daß der große Saal

des Gewerkschaftshauses noch frei ist für folgende Com-

abende und Sonntage des ersten Quartals 1908:
11. und 20. Januar,
2. und 9. Februar,
8., 15., 22. März.
Mittwoch, den 8. Januar:
Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Zimmer Nr. 2.
Arbeiter-Radfahrer-Verein „Dreslau“. Jeden Mittwoch: Vereinsabend.
Sonntag, den 12. Januar:
Steinarbeiter. Vormittags von 10 bis 12 Uhr: Kaffeehaus im Zimmer 7.
Freie Turnerschaft Breslau. Generalversammlung Abends 6 1/2 Uhr im Zimmer 2. Der äußerst wichtigen Tagesordnung wegen ist das persönliche und vollständige Erscheinen aller Vereinsmitglieder unbedingt erforderlich.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

An die Distrikts- und Bezirksführer!
Laut Vorstandbeschluss sind beim Jahreswechsel die Mitgliedsbücher einzusammeln, damit die Beitragslisten kontrolliert und in die Distriktsliste eingetragen werden kann. Wie ersehen, die Einziehung der Bücher und die Zustellung an die Mitglieder zu beschleunigen, damit sie bald wieder in den Besitz der Bücher kommen. Der Vorstand.

Distrikt 8 (Obertor).

Montag, den 6. Januar, Abends 8 Uhr, bei Friedl. Mehlhause Nr. 52/54. Zusammenkunft der Mitglieder. Die Bezirksführer werden ersucht, vollständig zu erscheinen, da die Tagesordnung eine sehr wichtige ist.

Distrikt 14 (Oblauer Tor).

Die für heute Montag angeordnete Zusammenkunft der Bezirksführer findet nicht bei Scholz, sondern in der „Lindenblüte“ statt. Die Bezirksführer werden ersucht, vollständig zu erscheinen, da wichtige Besprechungen zu erledigen sind.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land).

Land-Distrikt 12 (Pöpelwitz). Zusammenkunft der Bezirksführer und Stellvertreter bei Stanig. Bestimmt zu erscheinen ist Pflicht.

Schweidnitz. Das Postamt befindet sich Sob. Straße 15 III, und ist geöffnet Dienstag und Freitag von 11-1 Uhr Mittags und 6-8 Uhr Abends. Sonntags von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Mittags. — Die Bibliothek ist zu gleicher Zeit geöffnet.

Freiburg. Wahlverein. Die Unterlassener werden ersucht, bis Mittwoch, den 15. d. Mts., beim Genossen Eisebe abzurechnen.
Strehlen. Kartellverein. Mittwoch, den 8. Januar, Abends 8 Uhr in der „Bierquelle“. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 1. Quartal 1907. 2. Jahresbericht. 3. Eingegangenes. 4. Feststellung der Präsenzliste und Wahl des Gesamtvorstandes sowie der Kontrollkommission.

Altwasser. Öffentliche Volksversammlung für Männer und Frauen am Donnerstag, den 9. Januar, Abends 7 Uhr im „Deutschen Kaiser“. Tagesordnung: Der preussische Landtag und das Volk. Diskussion. Referent: Arbeitersekretär Nikolaus Dierroth.

Altwasser-Sandberg. Sozialdemokratischer Verein. (Distrikt Sandberg.) Sonntag, den 12. Januar, Volks-wochenversammlung. Treffpunkt früh 7 1/2 Uhr im „Stern“.

Neustadt O/S. Öffentliche Transportarbeiter-Versammlung. Montag, den 6. Januar, Abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Kronenstraße 9. Tagesordnung: Vortrag des Gauleiters Zimmer-Breslau über 1. Warum müssen sich die Arbeiter und Arbeiterinnen vereinen? 2. Freie Ausbrüche.

Neuthen O/S. Die Sprechstunden des Arbeiter-Sekretariats finden jeden Dienstag von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags und von 5 1/2 Uhr Nachmittags bis 7 1/2 Uhr Abends im Gewerkschaftslokal, Groß-Dombrowlauerstraße 8, statt.

Königshütte. Die Sprechstunden des Arbeiter-Sekretariats finden jeden Mittwoch von 8 bis 12 Uhr und von 5 bis 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftslokal, Ringstraße 3, statt.

Kattowitz. Das Arbeiter-Sekretariat ist geöffnet Vormittags von 9 bis 1 Uhr und Abends von 5 1/2 bis 7 1/2 Uhr. Sonntag Nachmittags, sowie Dienstag und Freitag den ganzen Tag ist das Sekretariat geschlossen.

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wolff. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 5/6. — Verlag von Oskar Götts. — Druck von Th. Götts. G. u. b. G. — Erscheint in Breslau. — Preis 1 Bogen.

Arnold B. Fränkel'sche Paulinen-Stiftung.

Die Stiftung hat den Zweck, mittellosen Mädchen diejenige Erziehung, Aus- und Fortbildung zu geben, welche notwendig und geeignet ist, ihnen ein ihren Verhältnissen entsprechendes Fortkommen zu sichern. In erster Reihe sollen Waisen berücksichtigt werden. An auswärtige Bewerberinnen können Stipendien nur dann vergeben werden, wenn nach Berücksichtigung aller in Breslau heimatsberechtigten und geeigneten noch Mittel verfügbar sind.

Bewerbungen um die Wohlthaten der Stiftung müssen unter genauer Angabe des in Aussicht genommenen Berufes bis zum

6. Februar 1908

unter Beifügung
1. eines ärztlichen Gesundheitsattestates,
2. des letzten Schul- bezw. Abgangszeugnisses,
3. der Angabe des religiösen Bekenntnisses
bei dem Unterzeichneten angebracht werden.
Es wird hierbei auf die Verufe als
Lehrerinnen, Kindergärtnerinnen, Kinderspieglerinnen,
Buchhalterinnen, Schneiderinnen u. dergleichen, jedoch
sind andere Verufe in keiner Weise ausgeschlossen.
Breslau, den 1. Januar 1908.

Dr. Kobrak, Vorsitzender
XIII, Viktoriastraße 105.

Am 3. Januar starb nach langen Leiden unser lieber Onkel und Schwager, der Arbeiter
Josef Karpe
im Alter von 67 Jahren.
Um stille Teilnahme bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.
Beerdigung: Dienstag, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Salvator-Friedhofes.

Am 3. d. Mts. verstarb nach kurzem aber schwerem Leiden unsere liebe Genossin
Marta Hornig.
Ihr Andenken werden in Ehren halten
die sozialdemokratischen Frauen u. Mädchen Breslaus.
Die Beerdigung findet Dienstag vormittags 10 Uhr vom Allerheiligen-Hospital aus statt.

Stadt-Theater.
Freitag:
„Der fliegende Holländer“.
Samstag:
„Die Rabensteinerin“.
Mittwoch, Anfang 8 Uhr:
„Salome“.

Gesellschaft für soziale Reform
Öffentliche
Versammlung
im Café-Restaurant, Karlsstr. 37
Montag, den 6. Januar 1908
abends 9 Uhr: 77

Lobe-Theater.
Freitag:
„Die letzte Witwe“.
Samstag:
„Die letzte Witwe“.
Mittwoch:
„Die Hochzeit von Boel“.

Die Konkurrenzklausel.
Ca. 10-15 Klempner
auf
Fahrrad- u. Automobilatzen
gehandelt. Jagdzeit wird nach Möglichkeit
möglichst regnet.
Ernst Jul. Arnold Nachf.
Dresden-A.
Kl. Plauenschweg. 41.

Volksvorstellungen im Thalia-Theater.
Mittwoch:
Gruppe I. 5. Vorstellung.
„Der Sonnenhof“.
Donnerstag:
Gruppe II. 5. Vorstellung.
„Der Sonnenhof“.
Freitag:
Gruppe III. 5. Vorstellung.
„Kabel und Liebe“.

Schauspielhaus
Freitag, 8 Uhr:
„Jadwiga“.
Samstag, 8 Uhr:
„Anna Karenina“.

Kollerin
Conrad Schlegel,
Sohrenstraße 127. 76
Hofnähterin
kann sich nach S. Löwe, Panscherstr. 57, Nr. 80
Ein Lehrmädchen
auf Kosten bei baldiger Vergütung wird
gefragt. Tischbeinerstr. 16, I. Etz., rechts.

Liebichs
Etablissement.
Neues Programm!
12 Schlager 12
Anfang 7 1/2 Uhr.

Victoria-Theater
(Stammgarten).
Bellini
und der Opernwerke
Januar-Programm.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Sitzplätze 50 Pf.

Stamm-Seidel,
Vereins-Seidel,
Geburts-Tag-Seidel,
Heckzeits-Seidel,
Jubiläum-Seidel,
in großer Auswahl empfiehlt
Otto Miksch,
Postfachstraße 47.

Feuerversicherung
sowie Lebensversicherung auch
für Kinder, vermittelt 1744
Ernst Zahn,
Hilberich 5, III.

Grosser Brandschaden-Ausverkauf
Oblauerstrasse 68,
(nahe am Christophoriplatz).
Sämtliche durch
Feuer, Wasser u. Rauch
beschädigte Waren, wie: 78
Glas-, Porzellan- u. Luxuswaren, Spielwaren, Lederwaren, Bijouterie- u. Galanteriewaren, Korbbwaren, Pelzwaren, Handschuhe, Damenhemden, Damen-Jacken, Damen-Beinkleider, Taschentücher etc. werd. zu **spottbillig. Preisen** ausverkauft.
Auch Verkauf anderer Waren.
Beginn Dienstag früh 8 Uhr.

Möbel, Spiegel, Polsterwaren
in eigener Werkstatt von am besten
Materialien gefertigt. 85
Rein Abzahlungsgeschäft
jedoch ohne Zinszahlung.
— **Preis enorm billig.** —
Küchengeräte . . . 100 Pf.
Küchengeräte . . . 15
Tischdecken mit gold. Kante . . . 40
Schüssel . . . 20
Schüssel . . . 45
Schüssel mit Schüssel . . . 25
Schüssel in golden. Stoff . . . 30
Schüssel mit Schüssel . . . 30
Schüssel mit Schüssel . . . 4
Espresso, Zucker, Thym,
Pianos, erstl. Fabrikat
und erstl. aus. Reparaturwerkstatt nur bei
F. Panzer, Sandstr. 5.

ff. Batavia-Arrak, Jamaika-Rum, französische Kognaks, und deutsche Punsch u. Tafelkore
empfehlen 6223
Edwin Delahon
Breslau, Neumarkt 9.
Flaschenverkäufer
im Comptoir, Hol., part.
Die Volksstimme wie sie ist
von Otto Rühle
Preis 30 Pfg.
zu beziehen durch die Expedition
und Kolportage.

Aurgarten Pöpelwitz.
Allen meinen werten Gästen, Freunden und Bekannten
die besten Glückwünsche zum Jahreswechsel!
Empfehle zugleich meine gut geheizten Lokalitäten, allbekannt
guten Kaffee, selbstgebackene Bismarkbrotchen. Jeden Sonntag:
Großer Schleifen-Lanz. Speisen und Getränke in bekannter
Güte. Es ladet ergebenst ein 78 **O. Anders.**

5 Pfg. Sumatra-Zigarren
prachtvolle Qualitäten, vorzüglich in Brand u. Geschmack
100 Stück 2,50 Mk., 3 Mk. bis 5 Mk.
empfehlen gegen Nachnahme 6227
Zigarren-Fabrik E. Lampke.
Fabrik, Versand und Hauptgeschäft:
Breslau, Rossplatz 11, am Odeorthorbahnhof.
Filialen: Matthiasstraße 16, Ecke Schrotzasse,
Gummersitz 35, Friedrich-Wilhelmstraße 15, Rotherstraße 77.

Arbeiter-Notiz-Kalender
1908
Gebunden 60 Pf. Porto 10 Pf.
Ein nützlicher Ratgeber, ein unentbehrliches Nachschlagewerk für alle in
Partei und Gewerkschaften organisierten Arbeiter.
Der diesjährige Kalender enthält u. a.:
Die Reichstagswahlen 1907 und die Nachwahlen. — Biogr. Notizen
unserer Reichstagsabgeordneten. — Die Reichseinnahmen. — Der Nutzen
der sozialdemokratischen Vereine. — Die deutschen Kolonien. — Sozial-
demokratische und Gewerkschaftsbewegung. — Die Gewerkschaften Deutschlands. —
Internat. Streit- und Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1906. — Adressen
der Arbeitersekretariate und der Vorstände der Gewerkschaften. — Die
deutschen Gewerkschaften. — Kalender und Geschichtskalender. —
Nütz- und Gewichtstabelle. — Portofare. — Nützliches Adressenmaterial.
Außerdem enthält der Kalender ein Gruppenbild der Sozial-
demokratischen Reichstagsfraktion 1907 in herrlicher künstlerischer Aus-
führung.
Zu beziehen ist der Kalender durch die
Buchhandlung Volkswacht
Neue Graupenstraße 5/6
sowie deren Kolportage.

Kinder-Elend
Proletarische Gegenwartsbilder von Otto Rühle.
Preis: 75 Pf.
Zu haben in der Expedition der Volkswacht.

Wir empfehlen folgende Neuerscheinungen:
Landarbeiter u. Sozialdemokratie.
Preis 20 Pfg.
Die Marx'sche Werttheorie
von Paul Fischer.
Preis 30 Pfg.
Sozialismus und Kolonialpolitik
von K. Rautsky.
Preis 50 Pfg.
Buchhandlung „Volkswacht“.

Beilage zu Nr. 5 der „Volkswacht“.

Dienstag, den 7. Januar 1908.

Der elfte Petersprozeß

wird am morgigen Dienstag in R. d. L. in beginnen und gegen den verantwortlichen Redakteur der „Kölnischen Zeitung“ und den Gouverneur a. D. Rudolf von Bennigsen gerichtet sein. Ueber die Vorgeschichte des Prozesses ist zu berichten: Genosse Bebel hat in der Reichstags-Sitzung vom 13. März 1896 eines Briefes Erwähnung, den der Reichskommissar a. D. Dr. Karl Peters an den Bischof Tucher gerichtet haben sollte. In diesem Briefe sollte Dr. Peters dem Bischofe mitgeteilt haben, er sei nach arabischem Ritus mit einer Negerin verheiratet gewesen und habe diese wegen Ehebruchs, entsprechend den dortigen Sitten, hingerichtet lassen. Dr. Peters hat dann nachgewiesen, daß er einen solchen Brief niemals geschrieben habe, Bebel müßte durch einen gefälschten Brief gefälscht worden sein. Dies hat Bebel auch offen im Reichstag erklärt.

Im Anschluß hieran schrieb aber die „Kölnische Zeitung“ in der Nummer 297 vom 20. März 1906: „Es hat sich allerdings ergeben, daß der Tucher-Brief eine Fälschung ist; Dr. Peters hat aber einen Brief ganz ähnlichen Inhalts an den Bischof Wood-Wood in Villa gerichtet.“ Wegen dieser Fälschung hat Dr. Peters gegen den Redakteur Dr. Gustav Brüggemann und den Schreiber der Notiz, den Gouverneur a. D. Rudolf von Bennigsen, Verleumdungsklagen erhoben. Dr. Brüggemann und von Bennigsen haben sich daher auf Grund der Paragraphen 186 und 200 des Strafgesetzbuches und Paragraph 20 des Preßgesetzes zu verantworten. Dr. Peters wird mit seinem Rechtsbeistande, Justizrat D. Sello (Berlin), persönlich zur Verhandlung erscheinen. Die Privatklagen werden von Rechtsanwalt Dr. J. J. (Köln) vertreten. Als Zeugen sind unter anderem geladen: Missionar Vater Kunert und Freiherr von Pechmann (München), Magistratssekretär Zimmermann (Charlottenburg), Penionär W. Hoff (München), Rechtsanwalt Seine (Dessau), Major a. D. von Donath (München), Schriftsteller Falkenberg (Bayreuth), Magistratssekretär Wilhelm (Schöneberg), Bezirkskommandeur Michelmann (Lobau), Eisenbahnassistent Wittsdorf (Berlin), Ingenieur Mittelstadt (Charlottenburg), Polizeiaffizient Neuhaus (Altona). Als Zeugen und Sachverständige sind geladen: Professor Dr. Goldens (Dahlem bei Berlin), Abzambinal Graf von Schleinitz, Dr. Graf von Pfeil (Friedrichsdorf, Schlefien). Lediglich als Sachverständiger ist geladen Provinzialdeputierter Uder (Knechtsteden, Rheinland).

Der zweite Prozeß des gerichtlichen Herrn wird sich dann in nächster Woche gegen den Genossen Wolff in unserer „Volkswacht“ richten.

Partei-Angelegenheiten.

Das Resultat der Gemeinderatswahl in Groß-Stuttgart konnte erst nach langem Hin und Her sicher festgestellt werden. Die Zahl der Wahlberechtigten betrug 27.297.

Stimmen wurden (ausschließlich der sog. „Wilden“) insgesamt abgegeben 198.878. Diese verteilen sich auf die einzelnen Parteien wie folgt:

Sozialdemokratie	75.164
Deutsche Partei	59.832
Volkspartei	25.068
Konservative	22.741
Zentrum	11.603

Gewählt sind von der Sozialdemokratie: Sperka, Wirt, Dietrich und Romald, von der Volkspartei: Thacker, von der Deutschen Partei: Hauser, Weibrecht, Heim und der Konservative Käberer. Das Zentrum ging leer aus, die Volkspartei verlor fünf Mandate, welche der Sozialdemokratie und der Deutschen Partei zufielen.

Eine Erweiterung der „Neuen Zeit“. Die Wochenchrift der deutschen Sozialdemokratie, die „Neue Zeit“, tritt in einem ihrer letzten Nummern beigefügten Prospekt folgendes über die geplante Erweiterung ihres Umfangs und ihres Inhalts mit:

Ihr Inhalt wird von jetzt ab jährlich 24 Druckbogen erweitert werden, und zwar so, daß in jedem Vierteljahr ein Ergänzungsheft und in jedem Monat eine Feuilleton-Beilage erscheint.

Die Ergänzungshefte werden größere wissenschaftliche Abhandlungen enthalten, die bisher nur in einer Reihe von Fortsetzungen gebracht werden konnten. Der Leitende, aber

vom beschränkten Raum einer Wochenchrift untrennbare Zwang, in Bruchstücke zu trennen, was doch in logischem Zusammenhang gedacht und geschrieben worden ist, fällt damit fort.

Zu diesen Ergänzungsheften sind teils in unseren Händen, teils uns zugesagt:

G. Eckstein, Enttötung des japanischen Familienrechts.

R. Kautsky, Nationalität und Internationalität.

H. Luxemburg, Rückblick auf den bisherigen Gang der russischen Revolution.

F. Mehring, Geschichte der Kriegskunst.

G. Plechanoff, Ueber das französische Drama des 18. Jahrhunderts u. a. m.

Die Feuilletonbeilage unter der Redaktion von Franz Mehring wird sich bemühen, ein Organ der Bildungsbestrebungen zu werden, die sich im Schoße der Partei mit erfreulicher Frische und Kraft regen. Sie wird die künstlerischen, literarischen und naturwissenschaftlichen Fragen behandeln, die auf diesem Gebiete zu lösen sind, und zugleich den Wünschen derjenigen Leser entgegenzukommen suchen, die nach einer abwechslungsreicheren und leichteren Darstellung verlangen, als sich mit der eindringenden Untersuchung sozialistischer Probleme immer vereinigen läßt.

Die „Neue Zeit“ selbst wird sich, entlastet durch diese regelmäßig erscheinenden Beilagen, den Aufgaben, die ihr der gewerkschaftliche und politische Emanzipationskampf stellt, in desto mannigfaltigerer und vielseitigerer Weise widmen, besonders in regelmäßigen Zwischenräumen eine wirtschaftliche Rundschau und eine Revue der sozialistischen Reden veröffentlichen, die das Gedankleben des internationalen Sozialismus widerspiegeln soll. Außerdem wird sie dessen literarische Neuererscheinungen in einer Bibliographie des Sozialismus verzeichnen.

Es soll also hier gewissermaßen die Arbeit fortgesetzt werden, die Genosse Bernke in seinen „Dokumenten des Sozialismus“ zuerst geleistet hat.

30 Jahre im Dienste der Partei. Der Kopenhagener „Social-Demokrat“ erschien am 1. Januar als eine Feilnummer, reich illustriert. Es galt das dreißigjährige Jubiläum des Genossen R. Knudsen zu feiern. Der ehemalige Handbühnenmacher ist seit dreißig Jahren Vorsitzender der dänischen, sozialistischen Partei. Was er in dieser langen Zeit für die dänische und die internationale Sozialdemokratie gewirkt hat, braucht im einzelnen hier nicht angeführt zu werden. Hoffen wir mit unserem dänischen Genossen, daß er noch lange auf seinem Posten ausdauern kann.

Genosse Eduard Bernke hält in Köln-Stadt und Köln-Land je einen Vortragskursus von vier Vorträgen ab. Als Thema hat er sich auf Wunsch der dortigen Genossen das Thema „Die Geschichte, Entwicklung und Leistungen der Sozialdemokratie“ erwählt.

Sozialdemokratisches Preßbureau. Laut Beschluß des 11ten Parteitages soll bekanntlich mit dem 1. April in Berlin ein Nachrichtenbureau für die Parteipresse errichtet werden. Die Leitung wird in den Händen des Parteivorstandes und eines aus den Redakteuren Ströbel-Berlin, Rabnauer-Dresden, Müller-München, Stolten-Hamburg und Geyer-Eberfeld, bestehenden Beirats liegen. Die Beiratschefschaft des Bureau ist dieser Tage nun dem leitenden Redakteur unseres Frankfurter Parteiblattes, dem Genossen Dr. Quast, angetragen worden. Derselbe hat diese ehrenvolle Bezeichnung nach einigem Schwanken mit Rücksicht auf den bisherigen ihm lieb gewordenen Wirkungskreis in Frankfurt jedoch abgelehnt.

Arbeiterbewegung.

Die gelben Gewerkschaften — ein Rückschritt unfrer wirtschaftlichen Entwicklung.

Das ist die Quintessenz einer Bewertung der gelben Organisationen durch einen Erlanger Professor. Da der Geist des heutigen Unternehmertums, das die Erziehung und Züchtung von gelben Gewerkschaften betreibt, so seien zu Ruh und Frommen der nicht von diesem Geiste befangenen Arbeitgeber und Arbeitnehmer die markantesten Stellen aus dieser Charakteristik der gelben Gewerkschaften hier hervorgehoben: Diese Arbeiter-Verbindungen können nicht Anspruch erheben auf die Vegetation der Gewerkschaften. Sie sind nicht gebildet auf Grund des Koalitionsparagrafen der Gewerbeordnung zu gemeinsamer Vertretung und Durchsetzung von Arbeiterforderungen, es sind Vereine von Arbeitswilligen, es sind, um es deutlich auszudrücken, Streikbrecher-Organisationen von Unternehmern. Darüber können alle Sophistiken der gelben Presse nicht hinwegtäuschen. Vegetierend ist auch der

Umstand, daß diesen Bund der Streikbrecher der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie unter seine Fittiche genommen hat; dabei ist nicht zu vergessen, daß die Väter des Reichsverbandes auch die Väter der — Buchhausvorlage waren. Aber nicht nur wirtschaftlich, auch politisch sollen sich die Arbeiter durch den Eintritt in die gelben Verbindungen entmannen. Vom sozialpolitischen Standpunkt aus betrachtet, bedeutet diese Arbeiterbewegung einen ungeheuren Rückschritt; die Forderungen, daß der Arbeiter mehr und mehr zum gleichberechtigten Mitfaktor der nationalen Produktion wird, daß er vom Industriemittler zum Industriebürger aufsteigt, sollen durch die neue Bewegung vernichtet werden. Das bedeutet nicht nur einen großen Schaden für die Arbeiter, sondern auch eine große Gefahr für die Konkurrenzfähigkeit unserer nationalen Produktion auf dem Weltmarkt. Statt Fabrikkonstitutionalismus ein neues Stützverhältnis, unter das sich Arbeiter bringen, die vergessen, daß Gewerkschaftsfrage nicht bloß Magenfrage ist, daß die Persönlichkeitswerte dabei zum mindesten die gleiche Rolle spielen, und die, geblendet durch augenblitzende materielle Vorteile, Vertrat an ihrer Standesherrn und an ihrem Standesinteresse begeben. Gegen dieses Rückwärtsgehen unserer wirtschaftlichen Entwicklung muß die öffentliche Meinung — soweit wir in Deutschland von einer solchen sprechen können — mobil gemacht werden. Dieses Urteil über die gelben Gewerkschaften mögen sich die in ihre Stammbuch schreiben, welche von den wirklichen Gewerkschaften eine Sühnung der Industrie und der gewerblichen Enttötung begehren. Es ist darin, so schreibt der Korrespondent für Buchbinder, deutlich ausgesprochen, daß mit Ödigen, mit Arbeitsklaven, es nicht vorwärts gehen kann, sondern rückwärts alles seinen Lauf nimmt. Die Konsequenzen ergeben sich dann von selbst.

Der zehnte Verbandstag des Verbandes der Fabrikarbeiter und verwandten Berufsgenossen Deutschlands findet im Mai 1908 in Hamburg statt.

Der deutsche Textilarbeiter-Verband und die Krefelder Lohnbewegung. Der Textilarbeiter-Verband beschloß nachträglich, alle Organisierten die Streik-Unterstützung weiter zu zahlen.

Die Techniker Groß-Berlins bezeichnen in einem Aufrufe die Furcht vor dem Wehrmachtskrisen dem Reichstage zuzugewandene Modelle zur Gewerbeordnung als einen erheblichen sozialpolitischen Fortschritt unter Hervorhebung der Bestimmungen betreffend Konkurrenzkauf. Zur Abgrenzung der Meinung, daß die angelegte Reform nicht als genaugenau anzusehen werden könne, weil sie hinter früheren Beschlüssen der Reichstagskommission in dieser Materie zurückbleibe. In diesem Sinne sollen Kundgebungen der Interessenten an den wieder zusammentretenden Reichstag erlassen werden.

Bevorstehende Kämpfe im Berggewerbe in München. Wegen der Lohnregulierung der Untertagearbeiter hat die Arbeiterkassette die Ende März ablaufenden Tarifverträge gelündigt. Wenn nicht noch eine Einigung bis dahin zustande kommt, werden also die beiden Klassen im Kampf messen.

Die Dachbedeckungsarbeiten in Düsseldorf hatten den Unternehmern einen neuen Lohnantrag vorgelegt, der eine Erhöhung auf 63 und 65 Pf. sowie Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden vorschlug. Zwischen dem Innungsausschuß und dem Geleitenausschuß ist nunmehr eine Vereinbarung getroffen, wonach der Lohn pro Arbeitsstunde von 55 auf 60 Pf. erhöht und die Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden verkürzt wurde.

Zur Ausbesserung in der Textilindustrie am Niederrhein. Die Unternehmer haben den Streikenden bis jetzt nach seiner Seite Zugewandtheit gemacht, sie verlangen bedingungslose Aufnahme der Arbeit. Der Oberbürgermeister von Aachen hat sich sehr um die Vermeidung des Kampfes bemüht; doch völlig nutzlos. Nach laueren Verhandlungen haben sich die Unternehmer, mit wir nicht meldesten, in ihrer Verklammerung von dem Oberbürgermeister bewegen lassen, die Sperrung aufzugeben. Versuchweise wollen die Fabrikanten am 7. Januar die Betriebe öffnen und zwar sollen die Arbeiter ohne Kündigung eingestellt werden. Der Oberbürgermeister hatte in der Verklammerung den Wunsch ausgesprochen, daß jede Maßregelung vermieden werden solle; die Unternehmer haben in dem Sinne einstimmig votiert.

Der Schuerverband der niederrheinischen Sammet- und Filzfabrikanten hat einstimmig beschlossen, falls vom 11. Januar der Verband der rheinischen Seiden-Industrie die Sperrung neuerdings erklärt, noch an demselben Tage in den Sammet- und Filzfabriken zu kündigen. Die Krefelder Firmen beschloßen gleichzeitig, insofern des Stilllegens der Apparaturen und Fabriken vom 6. Januar ab die tägliche Arbeitszeit auf vier Stunden zu beschränken.

Lobe-Theater.

Die Hochzeit von Poel.

Komödie in 3 Akten von Georg Engel.

Der Verfasser von „Ein Ausflug ins Eitliche“ und „Ueber den Waffern“ hat hier einen Ausflug ins Politische unternommen. Leider mit mehr Eifer wie Erfolg. Er wollte uns eine Persiflage (Verhöhnung) echt preussischer Bureaucratie, eine Verhöhnung des Verfallens und der Beamten-Unselbsthaftigkeit geben, kam aber über den Anfang nicht hinaus. Der ist nämlich ganz nett. So nett, daß er uns direkt neugierig macht, wie wohl das Problem sich lösen werde.

Da ist nämlich ein Regierungsassessor v. Thümler (Herr Senius), der sich eine Arbeit über die Fischereirechtigkeiten auf dem Eiland Poel aus Drückergeret von einem seiner fleißigeren Kollegen hat machen lassen. Er selbst hat von der Angelegenheit keinen blassen Schimmer, weiß nicht einmal, wo Poel liegt. Trotzdem muß er auf Geheiß seines Vorgesetzten (im Ministerium des Innern) eine Deputation von drei Fischern empfangen, die wegen der Fischereirechte verhandeln wollen. So ein preussischer Assessor läßt sich natürlich nicht verblüffen. Mit ungläubiger Frechheit macht er die Deputation mit Nebenarten befragen, trägt eine wer weiß wie tief Sachkenntnis zur Schau und löst die peinliche Situation dadurch, daß er vorschlägt, die heikle Sache auf Poel selbst durch einen Sachverständigen untersuchen zu lassen. Natürlich — warum wäre es sonst eine Komödie? — wird kein anderer als er selbst in Anbetracht seiner hervorragenden Sachkenntnis als Sachverständiger nach Poel geschickt.

Dort erlebt er nun tolle Sachen. Zunächst erbittert er die Opposition, die Armen nämlich, die gegen die reichen Fischräuber im Kampfe stehen, dadurch, daß er sich beim reichen der Räuber, dem Gemeindevorstand Stöfke Bledow (Herr Johow) einquartiert. Dann hat er im Krug eine persönliche Auseinandersetzung mit der Opposition, die er als — Sozialdemokraten betrachtet und ihnen zu beweisen versucht, daß eine Obrigkeit eine von Gott gewollte notwendige Einrichtung sei und daß eben die Armen die Unterthanen zu sein hätten. Ein altes Rezept. Allein es zieht bei diesen Naturmenschen nicht. Sie lachen den schneidigen Herrn v. Thümler aus und bestehen auf ihrem Recht. Unter Spott und Hohn muß der „Sachverständige“ Regierungskommissar abziehen. Schließlich findet die Geschichte eine ebenso eigenartige wie unmögliche Lösung: Der Boote Oll Kusemann (Herr W. L. Lauer) veranlaßt die Tochter des reichen Bledow (Fraulein Sammer), in seinem Schlafzimmer, wohin sie ihm Wein zu trinken bringt, mit dem Assessor zu schlafen. Sie macht ihn betrunken und geht mit ihrem Geliebten, dem Sohne eben dieses Boote, in die Nacht hinaus. Als der Eingeschlafene aufwacht,

ist Oll Kusemann, der vorher schnell die noch gar nicht benutzten Beinen in die nötige Anordnung gebracht hat, vor ihm und redet ihm ein, daß er, Thümler, in der Trunkenheit die Tochter Stöfke Bledows verführt hätte. Thümler glaubt das zwar nicht, aber da er Angst hat, der Boote könne das an die große Glocke hängen, schlägt er sich auf die Seite der Opposition und verhilft den Armen zu ihrem Recht und läßt die Reichen unterliegen. Ins Ministerium zurückgeführt, versteht v. Thümler es, seinen eben nicht schlauen (weil preussischen) Minister zu täuschen und — wird aufs neue ab seiner „Sachkenntnis“ und „Geschicklichkeit“ gelobt und befördert. Der Schluß ist eine politisch weniger anständige Umschreibung des Wortes des schwedischen Königs Oresterna: „Du glaubst nicht, mein Sohn, mit wie wenig Verstand die Welt regiert wird.“

Wie man sieht, ein für einen geistreichen Komödiendichter dankbarer Stoff. Allein Georg Engel hat es leider nicht verstanden, ihn durchzuarbeiten und sein Miß und seine satirische Kritik reichlich nicht aus, was das Stück glaubhaft und etwas lustiger zu gestalten. Freilich: Er hat einen guten Entschuldigungsgrund: Wenn er noch deutlicher, noch natürlicher, noch lebenswahrer modelliert hätte, dann — wäre das Stück eben nicht aufgeführt, oder, wenn schon aufgeführt, vom Parterrepublikum wildern abgelehnt worden. Haben wir doch gerade in Breslau eine ganze Anzahl von diesen Thümlern, die, von des Gedankens Blässe gar nicht angekränkt, trotzdem im Namen der „hohen Obrigkeit“ uns „Unterthanen“ moros lehren....

Die Darstellung am Sonnabend war besser, wie es das Stück verdient. Nur wollte der nordische Dialekt nicht recht klappen und „up dat Sualen“ kam es doch sehr mit an. Nur die Herren Wallauer und Johow erfüllten restlos ihre Aufgabe, wie denn auch Herr Senius in allem dem Dichter gerecht wurde. Geradezu unumgänglich waren jedoch Fräulein Hammer, die für ihr braves Fischermädchen außer ihrer schönen Figur rein gar nichts mitbrachte und Herr Pape, der seinen Liebhaber mit vollendeter Dilettantengräßigkeit mimte.

Breslauer Schauspielhaus.

Anna Karenina.

Nach dem gleichnamigen Roman des Leo Tolstoj. Als Schauspiel in 5 Akten für die Bühne bearbeitet von Edmund Guhrauf.

Es verdient uneingeschränktes Lob, daß die rührige Direktion unseres neuen Kunsttempels sich an diese schwierige Aufgabe herangewagt. Die schwierigste ist, kann nur der voll beherzt, der die drei dicken Bände des Tolstoj'schen Romans gelesen

hat. Geschrieben hat ihn der ehemals große, jetzt im Verfall begriffene Russe bereits zwischen 1875 und 1878. Zu einer Zeit, da der revolutionäre Sturm der damaligen Zeit ausgebrochen hatte. Die Handlung führt uns in einen Kreis fesselnder Familienbeziehungen: ein, bei deren Schilderung das Verhältnis der beiden Geschlechter in der verzeihenden Gewalt der Liebe im Vordergrund steht. Sie spielt abwechselnd in Moskau und in Petersburg, sowie in der ländlichen Umgebung der beiden Residenzen. Die Frau eines hochgestellten Beamten in Petersburg, Anna Karenina (die Vetterin liegt in der zweiten Stille) (Fräulein Lehmann) wird ihrem Mann untreu und von einer unwiderstehlichen Liebe zu einem jungen Offizier, Alexei Bronsky, (Herr Senger) mit solcher Gewalt erfaßt, daß sie darüber alles, Familie, Rücksichten auf die Gesellschaft, auf ihr Kind, vergißt, alle Wunden dieses Kaufes durchstößt, aber, als sie aus dem Traume erwacht, das Schreckliche der Ermordung nicht erträgt und ihrem „verlorenen Dasein“ bezweckelt ein Ende macht. Daneben wird vom Dichter im Roman ein anderes Seelenleben geschildert: Ein Quisbester bei Moskau, Konstantin Lewin lebt ein junges, verträgliches Mädchen, Kitty Schtscherbakoff (Fräulein Kitzler) wird von ihr zuerst abgewiesen, später aber doch erzhört und macht als Familienvater eine Wandlung und Änderung seines Charakters durch, in der sich Tolstoj's eigenes Seelenleben in unverkennbarer Weise widerspiegelt. (Insofern enthält das Stück ein gewisses Selbstbekenntnis des Dichters. In der Aufführung wird es seiner Länge wegen völlig gestrichen.) Zwischen diesen beiden Kreisen wird nun eine Verbindung hergestellt, denn Stephan Oblonsky ist Vorsitzender eines Moskauer Gerichtshofes und der Bruder der Anna, während seine Frau Larja eine Schwester der Kitty ist. Der Richter Oblonsky hat ein Verhältnis mit einer Pariser Gouvernante, das von seiner Frau entdeckt wird. Sie will ihren Mann empört verlassen, büßt es aber, daß Oblonsky's Schwester kommt, um die Ehegatten zu versöhnen. Die reizende Frau macht das sehr geschickt und Oblonsky ergrät Verzeihung.

In Moskau lernt Anna den Offizier, Alexei Bronsky, kennen und lieben. Bei einem Rennen fährt er, wird aber nur unvorsichtlich verletzt. Anna aber gerät in solche Aufregung, daß ihr Mann sie nach Hause führen muß. Dort gesteht sie ihm, daß sie ihn liebt, Bronsky aber liebt Karenina ihr Mann, aber will sich von ihr nicht trennen, sondern sie befehlen. Sie aber ist nicht zu bewegen, und nun jagt er sie hinaus. Zwar rüft sie Kind vom Fenster aus sie nochmals zurück — allein sie geht nach Venedig. Aber sie kam nicht des Geliebten Gattin werden, da Karenina nicht in die Scheidung willigt. Bronsky kehrt nach 3 Jahren des Kaufes bereits nicht mehr und verheiratet nach Russland zurück. In einem Landhause bei Moskau versuchen sie sich beharrlich einzurichten. Allein für Bronsky ist

Besichtskalender. 7. Januar.

- 1483 Robespier, Sattler *
1527 Erzbischof Peter Wlodek in Muenchen t.
1831 n. Stephan, Gruender des Volkshilfsvereins *
1834 Philipp Reis, Erfinder des Telephons *

Die Bildungsarbeit

Der Breslauer Arbeiterschaft, die am morgigen Dienstag mit dem ersten Vortrag des Genossen Dr. Max Maurenbrecher beginnt, faellt in ihrer ersten Woche unvorhergesehener Weise mit neuen Demonstrationen fuer das freie Pressewaerrecht zusammen...

Wissen heisst: die Welt verstehen,
Wissen lehrt: vergangener Zeiten
Und der Stunde, die da flattert:
Wunderliche Zeichen deuten.

Genosse Maurenbrecher wird seinen geistlichen Vortragstextus ueber Ferdinand Lassalle und die Aengstler der deutschen Sozialdemokratie mit einem Vortrag ueber Lassalles Vorkoef gegen die Fortschrittspartei im Jahre 1862 beginnen...

Die Eintrittskarte fuer alle acht Vortraege vom 7. bis 31. Januar koeflt 75 Pfg., fuer einen Einzelvortrag dagegen 20 Pfg.

* Wirtschaftliche Theaterfragen in Breslau.

Preiserhoehungen, Lebenshaltungsoerkeruerung und Aenderung des Geldwertes werfen ihre Schatten nach und nach auf jene Betriebe, die etwas weiter ab liegen vom rein materiellen Daseinskampf...

liche Blaetter von guten Freunden aus den Allen heben liehen. Und dies geht dahin, dass der Direktor Loewe den Spies, der vor einem Instrum gegen ihn gefuehrt wurde, jetzt umgedreht hat und gegen die Stadt zu fuehren beabsichtigt...

Die Orchester-Mitglieder des Stadt-Theaters wenden sich mit einer Eingabe an den Magistrat, in der sie ganz besonders auf eine Unterstuetzung waehrend der arbeitslosen Sommermonate hinwirken. Wenn unsere begueerten Mitbuerger in die Badeorte abdampfen...

Es gibt drei Wege der Verbesserung:
1. entweder die Spieszeit ueberhaupt zu veraengern, wobei der Chor und das technische Personal des gleichen Vorteils sich erfreuen wuerden; oder
2. wenigstens dem Orchester (und dem Chor) eine Sommer-Suspension zu gewaehren...

meines erlen Haeckelmeyers Julius Bestwer, veruecht, das Orchester zusammenzuballen. Herr Dr. Loewe hat aber leider bei dieser Veranstaltung noch eine namhafte Summe ansetzen muessen...

Diese Konzerte, welche in den praechtesten Saalen Breslaus, wie zum Beispiel Zoologischer Garten, Pleichshoehle, Kaiser Wilhelm-Park (und auch im Gewerkschaftshaus, Neb. d. Postamt.) stattfanden, erfreuten sich, seitens des Publikums, einer sehr groehen Beliebtheit...

Der Magistrat wolle durch Gewaehrung einer Subvention fuer das 71 Mann starke Stadt-Theater-Orchester dazu beitragen, dass die oben erwaehnten Konzerte, Streich- und Blasmusik beibehalten werden koennen...

Die Opern-Chorsaenger lassen ihre Wuensche durch den Vorstand ihres Verbandes in einer kleinen Broschuere zusammentragen, um sie so der Presse, den Stadtverwaltungen und dem Theaterpublikum zu unterbreiten. Sie steuern in der Hauptsache auf dasselbe Ziel: Unterhalt waehrend der toten Theatersaison...

Fuer die Chordamen der Provinz-Stadttheater ist gerade die Kostufrage der wueste Punkt im Berufsleben geworden: denn sie sind sogar vertraulich verpflichtet, sich saemtliche historischen und modernen Kostuume, Handschuhe, Fuess- und Kopfbekleidungen, Wuennen- und Epigenwaesche, Faecher und Schmuckstuecke selbst zu liefern!

- 1. 2 bis 3 verschiedene Paernuere mit den dazu passenden Wuennen, Hemden, Tuernern und dergl.
2. 1 italienisches Kostuim
3. 1 kurz spanisches
4. 1 altdentsches
5. 1 kurzes Rokoko
6. 1 langes
7. 1 tuerkisches
8. 1 schottisches
9. 1 Rigauerin
10. 1 Empire
11. 1 griechisches
12. 1 Masken
13. 1 spanisches Hofdamenkostuim
14. 1 altdentsches
15. 1 schwarzes Sammetkostuim mit Schleppe
16. 1 weisses Puffrockend
17. 1 moderne Ballettoilette
18. 1 Strassen-toilette
19. 1 modernes Winterkostuim
20. 1 Sommerkostuim.

laengst der Kunst der ersten Leidenschaft vorliebt, er wird Anna miten, waehrend diese nur von der Erinnerung an ihre Liebe zu ihm lebt; und unter ihrer (begehrigten) Eiferstueck entzuehelt sie sich. Heimlich nichtig sie sich zu ihrem Sohn Terzjacha und bricht dort vor Erregung nahezu zusammen...

Zu Sonne einer gebaltigen Leidenschaft, die den Menschen voellig unterjocht, seinen Willen lahm und seinen Verstand zum Schweigen bringt, befindet sich Anna Karenina. Aber Lofnoi zeigt uns an dem tragischen Schicksal der Anna, dass alle ihre Schoenheit, all ihr Geld, all ihr Einflus, ihre Jugend und ihre so stark Liebe doch noch nicht halt genug waren...

Die Liebe ist ueberhaupt kein Gefuehl, sie ist eine Straffenheit, ein eigenwilliger Zustand des Koerpers und der Seele, sie entzuehelt sich nicht allmaechtig, sie ist da. Man kann an ihrem Dasein nicht zweifeln und vermag nicht mit ihr Verstand zu spielen...

Der Abend bedeutete einen ungetruibten Genuss. Die Landstrasse, die anfangs ruelle Stuetzen aufwies, stand durchweg auf einem Baue, und das aus Grauenen Teufel, Herr P. S. d. der kleine Herr B. d. d. um nicht den hohen...

ihnen untergefallen bleiben. Der gar nicht endenwollende Weiffall und die Koerbe mit Blumen waren nur ein kleines Aequivalent fuer ihre reiflichen Leistungen. Dasselbe gilt fuer die Regie des Herrn Direktor Wietor. Die Szenerie des Kennplatzes in Masnoje-Selo mit seinen nerboesen und eleganten Saeten und Treiben, die des Palazzo in Venedig mit dem Ausblick auf die Lagunen und die im Schlusakt, vor dem Landhause bei Moskau, mit einem herrlichen Bild auf die Moskwa und die Stadt der goldenen Tuirme...

Aus aller Welt.

Noch mehr Folgen der Kaelte. In der Umgebung Berlins sind Freitag wieder eine Reihe von Personen erfroert aufgefunden worden. So traf ein Gendarm in dem Fort bei Oberschoenebecke einen erfroerenen Handwerksbuerger an. Er sorgte fuer dessen Ueberfuehrung nach dem Stoenhousen, wo er wieder ins Leben zurueckgerufen werden konnte...

In den Kieeler Gewaessern ist der Verkehr zu Wasser wie zu Lande durch die groeoe Kaelte sehr gestoeert. Der Dampfer 'Dana', der mit einer Kohlenladung an Bord nach Rukhans bestimmt war, ist aufstehend infolge Eisstoenung gesunken. Die Eisdecke und Schiffsfragmente wurde wegen des Eises eingestuekt. In Thuriagen waren Sonnabend wieder 30 Grad Kaelte zu verzeichnen. Infolge des auferordentlichen Frostes sind auer anderen Personen 3 Handwerksbuerger, 2 Fabrikarbeiter, und 1 Eisenarbeiter erkrankt.

Saechstlich wird aus Brueffel gemeldet: Die ungewoehnlich starke Kaelte verursacht erhebliche Verkehrsstoerungen, die Kanalkahrt zwischen Holland und Antwerpen sowie im Inneren Belgiens ist eingestellt, der Bahnverkehr vielfach unterbrochen. 7 Todesfaelle durch Erfrieren gemeldet.

Auch aus ganz Bayern wird groeoe Kaelte gemeldet; die groeote Staette hat die bayerisch-saechsische Grenzstaette Hof i. B. mit 29 Grad Celsius aufzuweisen. Nach bis jetzt eingelaufenen Nachrichten sind funf Personen erfroeren. In den Hochalpen herrscht seitensamer Weise eine mildere Temperatur. Aus Gera wird ueber das traurige Schicksal zweier Opfer des Frostes telegraphiert: Die alleinstehenden Geschwister Haupt in Gera sind in ihrer Wohnung erfroeren und verhungert aufgefunden worden.

Der Eisbeisgang ist nach einem Telegramm aus Letzchen infolge einer maechtigen Eisstauung bei Herrnereischen zum Stillstand gekommen. Die Eisumschlaglaege haben den Verkehr eingestellt. Alle Schiffe sind in die Haefen gestuekt.

In einzelnen Bezirken der hoeher gelegenen Eifel sowie in den oeberrheinischen Distrikten fiel das Thermometer auf 20 Grad. Die Rheinebenflusse Nedar, Lahn, Sing und Wupper sind zugefroeren. Im Ruhrloestengebiet sind die groeoteren Kohlenlaeufer wegen Eisgangs gesperrt. Die Rheinschiffahrt ruht voelligst. Der Frost hatte bereits zahlreiche Ungluetsfaelle im Gefolge. Eine weiffaechische Familie, Mutter, Tochter, Sohn und Braut, die auf Schiffsstueben ueber die zugefroerene Leba nach Meer laufen wollten, brach ein. Alle vier erkrankten. In Borken wurde ein aelterer Herr, der den letzten Zug verpasst hatte und den Weg nach Hause zu Fuss antreten wollte, Morgens erfroeren auf der Landstrasse aufgefunden. Nach einem Telegramm aus Plozt ist auch die Weiffel zugefroeren.

Wastendes Treibeis. Infolge des ploeglich eingetretenen Frostes bildet sich auf der Ems eine groeoe Menge Treibeis, das sich bei dem Wehr unweit Hollinger fuhr, wo man es verstaemt hatte, die Kaelte hoch zu ziehen, festsetzte. Dadurch stante sich das Wasser zu der lange nicht dagewesenen Hoehe von 1 1/2 Metern an und bedrohte die Umgegend von Heede mit einer Ueberflutung, bis es sich ploeglich mit warmer Gewalt ueber dem Wehr einen neuen Weg bahnte. Durch die Stroemung...

